GEMEINDE
FEUSISBERG



SACHGESCHÄFTE

Schul-, Sport- und Freizeitanlage Maihof mit Neubau Tiefgarage

Statutenrevision des Zweckverbandes für Kehrichtbeseitigung im Linthgebiet

Ausserordentliche Gemeindeversammlung
Mittwoch, 18. Juni 2025, 20 Uhr, im Maihofsaal in Schindellegi

Einladung

Mittwoch, 18. Juni 2025 20 Uhr, im Maihofsaal in Schindellegi

Liebe Mitbürgerinnen
und Mitbürger

Wir laden Sie ein zur ausserordentlichen Gemeindeversammlung vom Mittwoch, 18. Juni 2025, 20 Uhr.

Die entsprechenden Berichte und Anträge liegen ab dem 30. Mai 2025 bei der Gemeindeverwaltung zur Einsicht auf.

Gemeinderat Feusisberg

Traktanden, Berichte und Anträge

Traktanden, die nicht der Urnenabstimmung unterliegen	
1.	Wahl der Stimmenzähler

Traktanden, die der Urnenabstimmung unterliegen	
2.	Beschlussfassung und Ausgabenbewilligung für die Realisierung des Projektes «Schul-, Sport- und Freizeitanlage Maihof mit Neubau Tiefgarage»
3.	Beschlussfassung «Statutenrevision des Zweckverbandes für Kehrichtbeseitigung im Linthgebiet»

Die Urnenabstimmung zu den Sachgeschäften findet am 28. September 2025 und im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen am Vortag statt.

Inhalt

Schul-, Sport- und Freizeitanlage Maihof mit Neubau Tiefgarage	
Beschlussfassung und Ausgabenbewilligung	6
Entwurf Benutzungsreglement Sport- und Freizeitanlage Maihof, Schindellegi	20
Statutenrevision des Zweckverbandes für Kehrichtbeseitigung im Linthgebiet	
Erläuterungen und Genehmigungsinhalt	22
Statuten neu	26

Schul-, Sport- und Freizeitanlage Maihof mit Neubau Tiefgarage

Beschlussfassung und Ausgabenbewilligung für Schul-, Sport- und Freizeitanlage Maihof mit Neubau Tiefgarage

Antrag des Gemeinderates

1. Die Gemeindeversammlung stimmt dem vorliegenden Projekt zu. Es enthält die Ausgaben für die Schul-, Sport- und Freizeitanlage Maihof, einschliesslich des Baus einer Tiefgarage. Ausserdem wird ein Teil des benötigten Landes vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen übertragen.

2. Die Gemeindeversammlung bewilligt die Ausgaben in der Höhe von brutto 22‘950‘000 Franken plus allfällige Teuerung. Die Ausgaben sind gemäss dem kantonalen Gesetz über den Finanzhaushalt zu amortisieren und zu verzinsen.

3. Die Ausgabenbewilligung wird der Investitionsrechnung belastet.

4. Allfällige Kantonsbeiträge an die Spiel- und Sportplätze werden dem Projekt gutgeschrieben.

5. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt. Sollte zur Finanzierung des Projekts ein Darlehen benötigt werden, wird der Gemeinderat ermächtigt, dieses zu beschaffen.



Visualisierung Ansicht Sportplatz mit Spiel-, Projekt- und Wissensinsel

Das Wichtigste in Kürze

2012 stimmten die Stimmbürgerinnen und -bürger dem Kauf eines 9611 m² grossen Grundstücks östlich des Schulareals Maihof zu. Dies geschah in der Absicht, das Land später für öffentliche Aufgaben zu nutzen.

2022 sagten die Stimmberechtigten Ja zur Sachvorlage «Schul-, Sport- und Freizeitanlage Maihof mit Neubau Tiefgarage und Erneuerung Spielpatz Etzel» und bewilligten die Ausgaben in der Höhe von 15,8 Mio. Franken. Dies entspricht teuerungsbereinigten bewilligten Ausgaben von 17,6 Mio. Franken (Teuerung von 13,6 Prozent, Stand April 2024). Das Projekt umfasste einen Sportplatz mit Naturrasen und eine Tiefgarage mit 140 Parkplätzen. Ausserdem war vorgesehen, das Pausenplatzareal zu erweitern, die Leichtathletikbahn zu optimieren und den Spielplatz beim Kindergarten Etzel aufzuwerten.

Bei der Detailplanung wurde festgestellt, dass mit Mehrkosten in der Höhe von rund 5,75 Mio. Franken zu rechnen ist und das Projekt mit dem gesprochenen Kredit nicht im Sinne der damals kommunizierten Absichten umgesetzt werden kann.

Der Gemeinderat analysierte daraufhin die Ausgangslage und beschloss, das gesamte Projekt neu zu beurteilen. Dabei wurden alle zweckmässigen und sinnvollen Elemente aus dem bestehenden Geschäft in die neue Projektierung einbezogen. Damit konnte auch sichergestellt werden, dass die bereits entstanden Kosten nicht abgeschrieben werden müssen. Im Weiteren hielt der Gemeinderat ausdrücklich fest, dass er im Sinne eines transparenten Handelns den Bürgerinnen und Bürgern die neue Vorlage im Rahmen eines komplett überarbeiteten Projekts ein zweites Mal zur Abstimmung vorlegen will. Der Gemeinderat lehnte ein Vorgehen mittels Nachkredit ausdrücklich ab, weil damit die Bürgerinnen und Bürger in der entsprechenden Abstimmung faktisch alternativlos gewesen wären.

An seiner Informationsveranstaltung vom 19. Februar 2025 im Maihofsaal stellte der Gemeinderat der Bevölkerung das ausgearbeitete Detailprojekt, die Gründe für die Mehrkosten, die Einsparungsmöglichkeiten sowie eine günstigere Projektvariante ohne Tiefgarage vor. Im Nachgang hatte die Bevölkerung die Möglichkeit, schriftlich Vorschläge einzubringen. Die eingegangenen Rückmeldungen waren grundsätzlich positiv. Sie enthielten unter anderem Vorschläge zur Bewirtschaftung, Begrünung, Treppe zur Etzelstrasse und Höhe der Tiefgarage. Auch Fragen zu den Auswirkungen der Tiefgarage auf das Grundwasser wurden gestellt.

Der Gemeinderat ist überzeugt, dass die Umsetzung dieses Projektes eine sinnvolle Investition in die Infrastruktur der Gemeinde ist und für kommende Generationen einen Mehrwert schafft. Mit der Erweiterung des Schul- und Freizeitangebots und dem Bau der Tiefgarage wird die Standortattraktivität erhöht und die Lebensqualität für Jung und Alt weiter gesteigert. Der Engpass an Parkplätzen während publikumsintensiven Veranstaltungen wird der Vergangenheit angehören.

Die Gemeinde Feusisberg ist finanziell solide aufgestellt. Der Zeitpunkt für Investitionen in Infrastrukturanlagen zugunsten der Bevölkerung ist ideal. Für die Umsetzung des Projekts ist keine Erhöhung des Steuerfusses erforderlich.

1. Ausgangslage

1.1 Vorgeschichte

Die Bevölkerung stimmte im Jahr 2012 dem Kauf des Grundstücks L-Nr. 37 zu. Es befindet sich in der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen und umfasst 9'611 Quadratmeter. Das Grundstück liegt östlich des Schulhausareals Maihof und ist über die Solarstrasse erschlossen. Durch die Nähe zum Schulhaus und zu weiteren zentralen Einrichtungen im Dorf Schindellegi ist die Liegenschaft für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben ideal gelegen. Sie ergänzt die bestehenden Infrastrukturanlagen gut. Im Rahmen der damaligen Abstimmung wurden verschiedene Bedürfnisse für das Areal genannt, darunter Aussenanlagen für die Primarschule und Sportvereine oder die Schaffung von erschwinglichem Wohnraum für einheimische Familien sowie vitale Seniorinnen und Senioren.

1.2 Kerninhalt der Sachvorlage von 2022

Im Jahr 2022 sagten die Feusisberger Stimmberechtigten Ja zur Sachvorlage «Freizeitanlage Maihof». Die wichtigsten Bestandteile der damaligen Sachvorlage waren:

- ein Sportplatz mit Naturrasen
- eine Tiefgarage mit 140 Parkplätzen, unter Berücksichtigung einer allfällig späteren Erschliessung der südlich gelegenen Restparzelle
- die Erweiterung des Pausenplatzareals
- die Optimierung der Leichtathletikbahn
- die Erneuerung des Spielplatzes des Kindergartens Etzel

Mit Beschluss vom 17. August 2023 erteilte der Gemeinderat dem Planerteam GPTK, c/o bsp Ingenieure + Planer AG, Küssnacht am Rigi, den Auftrag für das Generalplanermandat für die Erstellung der Schul-, Sport- und Freizeitanlage Maihof mit Tiefgarage.

Neben diversen Planungssitzungen mit der Verwaltung fanden inzwischen acht Sitzungen der Arbeitsgruppe statt. Diese erarbeitete den aktuellen Stand des Bauprojekts.

1.3 Erkenntnisse aus dem Bauprojekt bezüglich Mehrkosten

Bei der Erarbeitung des Bauprojekts zeichneten sich Mehrkosten gegenüber dem bewilligten Kredit ab. Anstelle der bewilligten 15,4 Mio. Franken (ohne Spielplatz Kindergarten Etzel) lag der teuerungsbereinigte Betrag bei mehr als 22,95 Mio. Franken. Davon sind rund 1,8 Mio. Franken auf die Teuerung (+13,6 Prozent) zurückzuführen. Für die verbleibenden Mehrkosten in der Höhe von 5,75 Mio. Franken gibt es mehrere Gründe:

- Ein wichtiger Grund sind die ungünstigen geologischen Verhältnisse in besagtem Gebiet. Das Erstellen des Fundaments, die Baugrubensicherung und die Massnahmen zum Grundwasserschutz werden dadurch deutlich mehr kosten als ursprünglich angenommen. Die schlechten geologischen Verhältnisse haben den Gemeinderat und die Arbeitsgruppe überrascht. Das geologische Gutachten, das für die Abstimmungsvorlage vom Jahr 2022 eingeholt worden war, hatte deutlich günstigere Verhältnisse bezüglich Baugrund prognostiziert. Zudem waren beim Bau der benachbarten Sporthalle keine Probleme aufgetaucht. Gemäss aktuellem geologischen Gutachten sind im Projektperimeter gespannte Grundwasserleiter vorhanden, die hydraulisch voneinander getrennt sind und auch witterungsbedingten Schwankungen unterliegen. Ebenfalls variiert die Setzungsempfindlichkeit des Untergrunds. Gleichzeitig hat der Kanton die Auflagen für das besagte Gebiet aus gewässerschutzrechtlicher Sicht erhöht. All dies führt dazu, dass es aufwändiger wird, die Baugrubensicherung, das Fundament und die Wasserhaltung während der Bauausführung zu bewerkstelligen.
- Die Sprinkleranlage verursacht zusätzliche Kosten, die ursprünglich nicht eingeplant waren. Das zuständige Amt hat die Anlage neu bewertet und fordert Änderungen, die teurer sind.
- Mit zunehmender Bearbeitungstiefe wurden mehrere Optimierungsmöglichkeiten sichtbar. Aus Sicht der Arbeitsgruppe bringen sie einen langfristigen Mehrwert, verursachen teils aber zusätzliche Kosten. Ein Beispiel ist die verbesserte Lage des Zugangs zu Lift und Treppe. Dadurch wird der Schulhausplatz mit Zugang zu Schulhaus, Forum St. Anna, Bibliothek und Mittagstisch barrierefrei von der Tiefgarage aus erreichbar. Das Behindertengleichstellungsgesetz wird eingehalten.
- Zusätzlich entstehen Speicher für Regen- und Nutzwasser. Dieses Wasser wird zur Bewässerung der Anlage benutzt. Zudem werden auf den Restparzellen Infrastrukturerschliessungen vorgenommen, zum Beispiel Kanalisationsleitungen. Auch dem Oberflächenabfluss wird gebührend Rechnung getragen.



Visualisierung Ansicht Zufahrt Tiefgarage

- Die bestehende Trafostation im Maihofzentrum hat ihre Kapazitätsgrenze bereits heute erreicht. Bei der Umsetzung des Projekts ist mit zusätzlichen Anforderungen zu rechnen, die am dem heutigen Standort nicht umgesetzt werden können. Im Ursprungsprojekt war der Bau einer Trafostation nicht vorgesehen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Mehrkosten durch die Summe verschiedener Faktoren entstanden. Dazu gehören zum einen unvorhersehbare ungünstige Veränderungen der Rahmenbedingungen. Zum anderen gab es Verbesserungen am Projekt, die das Maihofareal insgesamt und auf lange Sicht aufwerten.

1.4 Wichtigste Anpassungen gegenüber der Sachvorlage 2022

Diverse Optimierungen führen zu Abweichungen vom ursprünglichen Projekt aus dem Jahr 2022. Dazu gehören unter anderem:

Bereich Tiefgarage

- Optimierter Lift- und Treppenzugang (Behindertengleichstellungsgesetz)
- Tiefgarage mit drei Metern Höhe (Nutzung mit Vereinsbussen/Kleintransporter)
- Zugang Tiefgarage Kommandoposten Zivilschutz
- Treppenausgang Tiefgarage zum Pausenplatz/Sportplatz
- Zusammenlegung der Tiefgaragen ein- und -ausfahrt (Verkleinerung Verkehrswegeflächen)
- Trafostation
- Schrankenanlage für die Tiefgarage
- Kassensystem
- Erhöhte Anforderungen an die Retention, (inkl. Laufbahn und Teile bestehende Gebäude), Nutzwasserbecken
- Unterteilung der Tiefgarage in zwei Brandabschnitte mit Sprinkleranlage
- Erhöhte Anforderung an Pfählung und Fundament Bauwerk Tiefgarage

Bereich Aussenanlage

- Separate Kugelstossanlage ausserhalb des Beachvolleyballfelds (Nutzungsentflechtung)
- Verbesserte Wegführung/Schulweg zwischen Sportplatz und Kindergarten Etzel
- Urban-Fit-Geräte und Boule-Anlage
- Die Erneuerung des Spielplatzes beim Kindergarten Etzel ist nicht mehr Bestandteil der vorliegenden Sachvorlage. Eine Analyse der Bausubstanz des Kindergartengebäudes hat inzwischen ergeben, dass grosser Handlungsbedarf besteht. Der Gemeinderat erachtet es deshalb als sinnvoll, die Neugestaltung dieses Spielplatzes in das künftige Sanierungs- oder Neubauprojekt zu integrieren.

1.5 Bedarfsevaluation Schul-, Sport- und Freizeitanlage

Auf dem Gemeindegebiet Feusisberg gibt es den Sportplatz Weni im Ortsteil Schindellegi und den Sportplatz beim Schulhaus im Ortsteil Feusisberg. Das Schulareal Maihof hat keinen Aussensportplatz. Es verfügt lediglich über eine Laufbahn sowie einen Beachvolleyballplatz. Der vorhandene «Hartplatz» entspricht den Vorgaben eines Sportplatzes nicht. Er deckt weder die Bedürfnisse der Schule noch des ETV Schindellegi. Auch das Freizeitangebot für Jugendliche ist mit der bestehenden Anlage wenig ansprechend. Im Ortsteil Schindellegi fehlt ein zentraler Ort, der zum Treffen, Verweilen und Entspannen einlädt, oder aber er ist unattraktiv.

Das geplante Projekt wertet den Aussenraum der Schule auf und ermöglicht unter anderem auch Unterricht im

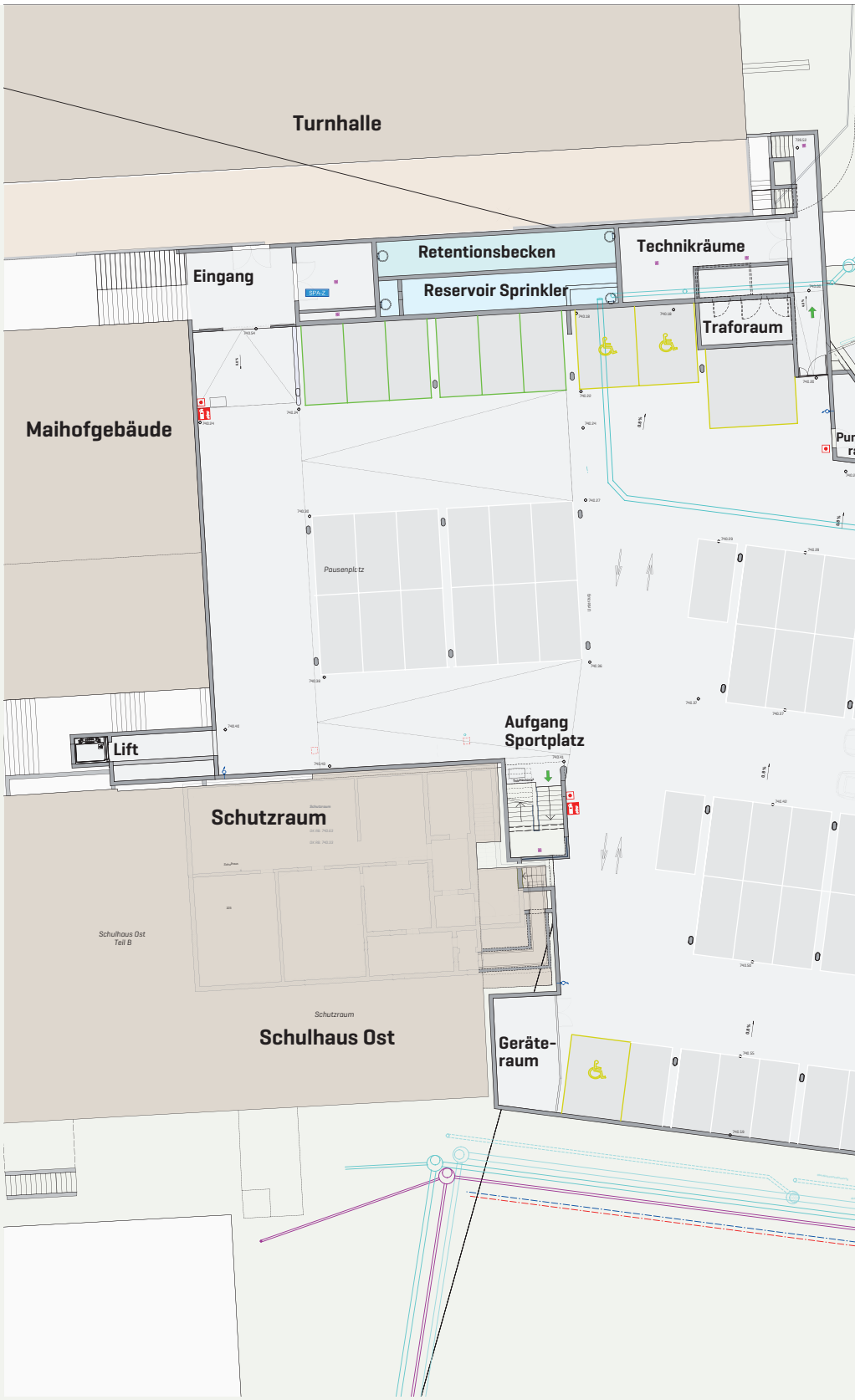
Freien. Sportvereine, besonders der ETV Schindellegi, können sich dank der neuen Anlage für Speer- und Diskuswurf und der Laufbahn besser auf Wettkämpfe vorbereiten und selber solche Wettkämpfe durchführen. Durch den Naturrasen eröffnen sich weitere zahlreiche Sport- und Spielmöglichkeiten für alle Nutzergruppen.

Die gesamte Anlage befindet sich in Schindellegi und ist gut erreichbar. Ausserhalb der Zeiten, in denen die Schule und Vereine den Sportplatz Maihof nutzen, steht die Anlage den Einwohnerinnen und Einwohnern gemäss des Benutzungsreglements zur Verfügung.

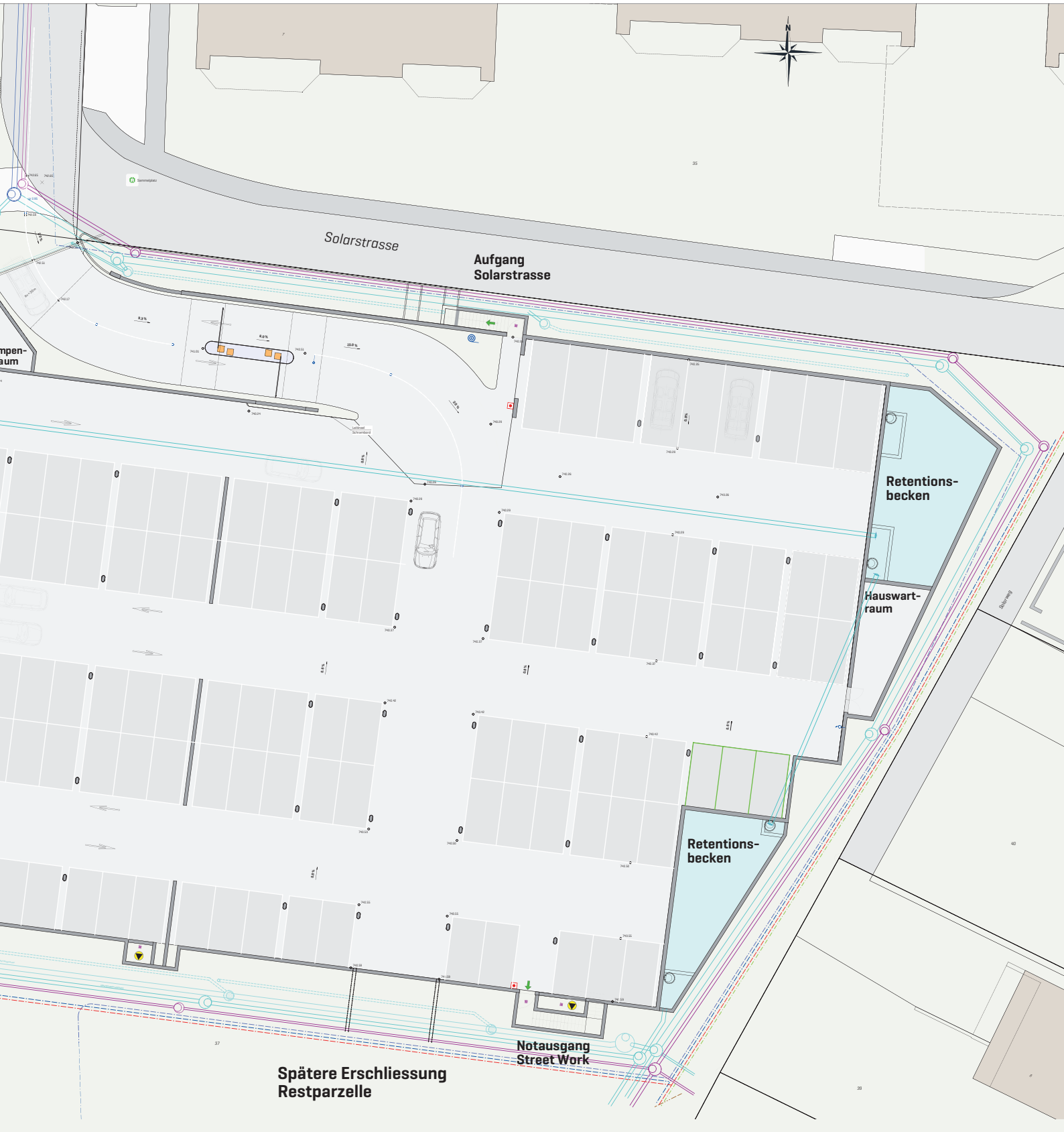
1.6 Bedarfsevaluation Tiefgarage

Das gesamte Maihofareal wird sehr intensiv genutzt. Durch die Mehrfachbelegung – also die gleichzeitige Nutzung von Turnhalle, Aula, Mediathek, Musikzimmer, Werkraum, Maihofzentrum und Maihofsaal durch verschiedene Vereine und Organisationen – ist das reguläre Parkplatzangebot auf dem Areal heute ungenügend. In der Folge weichen Parkierende auf den Hartplatz hinter dem Maihofsaal aus. Der Hartplatz ist jedoch Teil des Pausenplatzes und wird von Schülerinnen und Schülern genutzt.

An rund 40 Tagen pro Jahr ist das Parkplatzangebot infolge von Grossveranstaltungen ungenügend. Dies, obwohl der Hart- und Kiesplatz hinter dem Maihofsaal ebenfalls mitgenutzt werden. Grossanlässe sind Sportanlässe, Gemeindeversammlungen, Konzerte, Theateraufführungen, Generalversammlungen, Fasnachtsveranstaltungen oder die Chilbi. Auf dem Hart- und Kiesplatz hin-



Grundriss Tiefgarage mit 144 Parkplätzen


Solarstrasse
Aufgang
Solarstrasse
Retentions-
becken
Hauswart-
raum
Retentions-
becken
Notausgang
Street Work
Spätere Erschliessung
Restparzelle

ter dem Maihofsaal können zur Not bis zu 70 Autos parken. Wird ein Sportplatz ohne Tiefgarage gebaut, fallen diese Parkierungsmöglichkeiten weg, ebenso die Maihofwiese.

Für die direkten Anwohnerinnen und Anwohner ist diese Situation bei Grossanlässen unbefriedigend, da sie ihr Zuhause nicht oder nur schwer verlassen oder erreichen können. Das Problem dürfte sich verschärfen, denn die Nachfrage, die Räumlichkeiten im Maihof-Areal nutzen zu können, nimmt zu. Die Dorfbevölkerung wird immer aktiver und organisiert immer mehr und attraktivere Veranstaltungen.

1.7 Standortevaluation Tiefgarage

Mit dem Kauf des Grundstücks setzte sich die Gemeinde bereits damals das strategische Ziel, das Grundstück dereinst für öffentliche Infrastrukturprojekte zu nutzen. Die Nachfrage nach Parkplätzen in unmittelbarer Umgebung des Maihof-Areals ist hoch. Alternative Standorte für eine Tiefgarage hat der Gemeinderat geprüft. Sie sind aus verschiedenen Gründen nicht umsetzbar oder nicht zielführend. Das liegt an der fehlenden Verkaufsbereitschaft der entsprechenden Grundeigentümer oder an der fehlenden unmittelbaren Nähe zum Maihof-Areal.

1.8 Aktueller Stand zur Erschliessung des Grundstücks

Um die neu geplante Tiefgarage beim Sportplatz Maihof gemäss den Anforderungen zu erschliessen, wurde der untere Teil der Solarstrasse 2024 verbreitert. Der Unterflurcontainer wurde auf den Parkplatz neben der Turnhalle verlegt. Gleichzeitig wurden die Meteorwasserleitung vergrössert und eine Schmutzwasserleitung eingebaut.

2. Das Projekt

2.1 Überblick

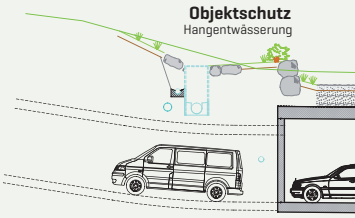
Projektierte Anlageteile

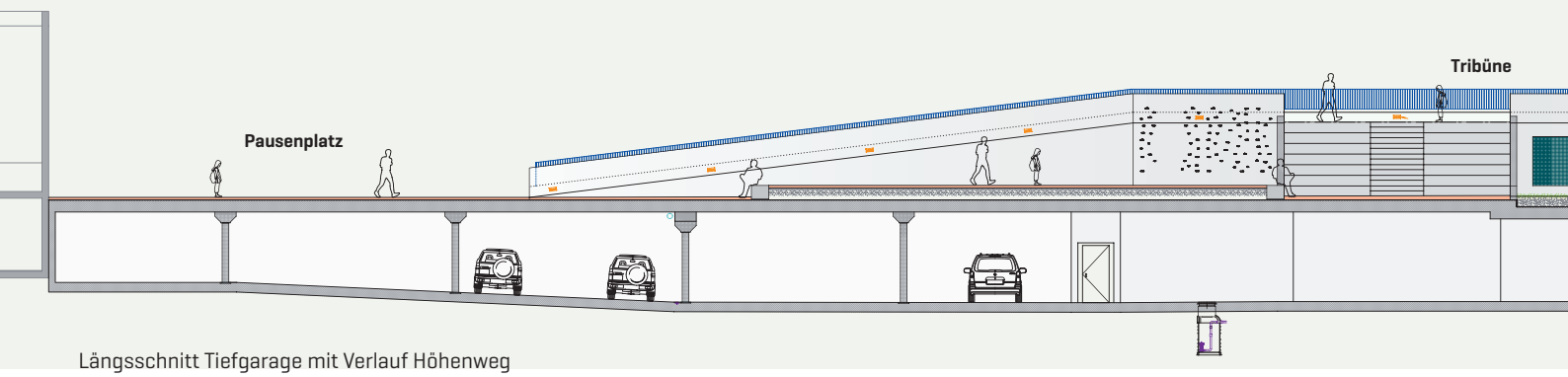
Das Projekt ist in folgende Bereiche unterteilt:

- Bau einer Tiefgarage mit Erschliessung an die verschiedenen vorhandenen Bauteile
- Bau von Multisportplätzen oberhalb der Tiefgarage mit Boulderplatz, Urban-Fit-Geräten und weiteren Elementen
- Erweiterung des Pausenplatzes mit Spiel-, Wissens- und Projektinseln
- Verlängerung der Laufbahn hinter dem Schulhaus sowie Bau einer Weitsprung- und Kugelstossanlage
- Erschliessung des unteren neuen Sportplatzes mit dem Sportbereich hinter dem Schulhaus

Wichtiger Bestandteil des Gesamtkonzepts ist die Begrünung der Aussenanlagen. Geplant sind schattenspendende Bäume sowie ein dichter Grüngürtel zur Solarstrasse beziehungsweise zum Solarweg hin. Der Grüngürtel dient als Lärm- und Sichtschutz für die Nachbarschaft. Ausserdem verlaufen alle Wege auf öffentlichem Gelände. Es wird kein Privatgrund beansprucht.

Auf eine zusätzliche öffentliche Toilette beim geplanten Sportplatz und Tiefgarage wird verzichtet. Beim Turnhallenparkplatz steht der Bevölkerung bereits heute ein öffentliches WC in zumutbarer Laufdistanz zur Verfügung. Ebenfalls können während der Öffnungszeiten die bestehenden WC-Anlagen von Maihofzentrum, Turnhalle und Schule mitgenutzt werden.





Längsschnitt Tiefgarage mit Verlauf Höhenweg

2.2 Tiefgarage

Unter dem geplanten Sportplatz beim Schulhaus Maihof soll eine Tiefgarage mit 144 Parkfeldern entstehen. Es sind drei Behindertenparkplätze vorgesehen. Die Ein- und Ausfahrt erfolgt über dieselbe Rampe. Die Tiefgarage ist so geplant, dass sie später erweitert werden kann, falls die südlich gelegene Restparzelle dereinst überbaut wird.

Die Tiefgarage ist über die Solarstrasse erreichbar. Die Solarstrasse wurde 2024 verbreitert und mit den notwendigen Leitungen ausgestattet.

Die Decke der Tiefgarage muss stark genug sein, damit Fahrzeuge bis zu 20 Tonnen und Lasten von mindestens 1000 Kilogramm pro Quadratmeter darauf stehen können. Das ist wichtig zum Beispiel für den Aufbau eines Gerüsts für ein Stadion.

Im Normalfall weist die geplante Tiefgarage eine Überkapazität auf. Das bedeutet, die Tiefgarage hat normalerweise mehr freie Plätze als benötigt. Die Nutzung ist für die Öffentlichkeit ausgelegt, sodass auch bei Anlässen im Maihofsaal und der Turnhalle genügend Parkplätze vorhanden sind. Ein Durchgang verbindet die Tiefgarage mit der Galerie der Turnhalle. Ausserdem führt ein direkter Weg von der Tiefgarage zum Kommandoposten des Zivilschutzes.

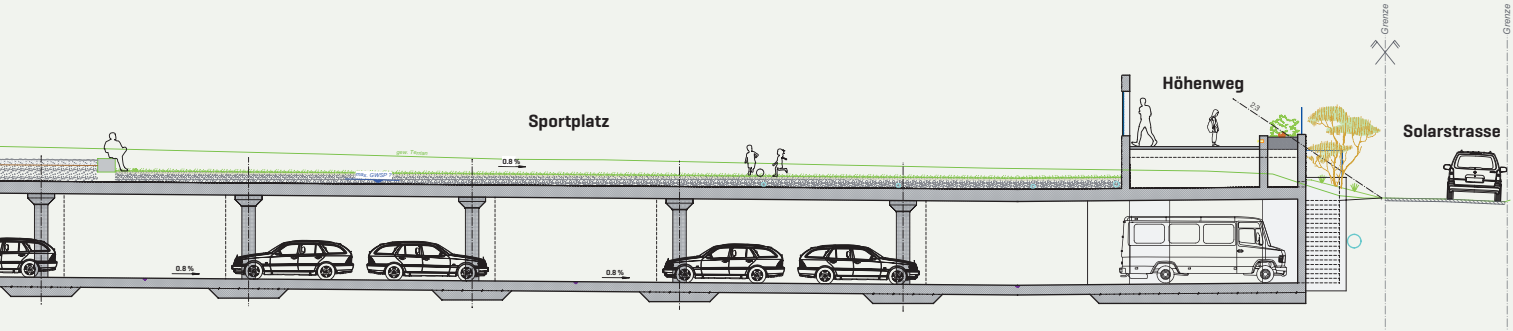
Die Einstellhalle ist im Hauptbereich 3 Meter hoch. Gewerbebetriebe und Vereine können sie mit ihren Bussen nutzen. Auch kleinere Busse passen grösstenteils hinein. Das ist wichtig, weil das restliche Grundstück später eventuell über die Tiefgarage erschlossen wird. Im Zugang zur Turnhalle (Tribüne) ist die Tiefgarage ungefähr 2,5 Meter hoch.

Auf dem Areal sind genügend Veloabstellplätze vorhanden. Deswegen sind in der Tiefgarage keine zusätzlichen Velo- oder Motorradstellplätze vorgesehen.

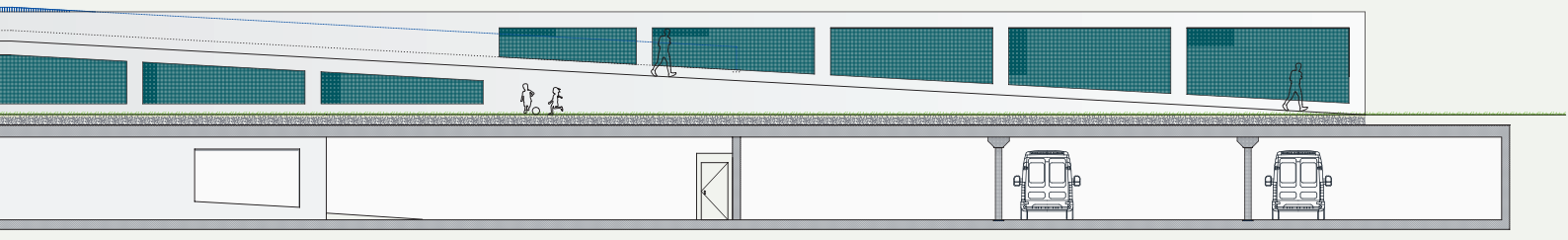
LED-Bänder in Stützen und Decke sorgen für ausreichend Licht in der Tiefgarage.

Im Südwesten der Tiefgarage befindet sich ein Bereich für Fahrzeuge, Werkzeuge und Material der Hauswartung. Dieser Bereich ist mit einem Gitter abgetrennt.

Elektroparkfelder
Für die Planung der Elektroparkfelder wurde ein Fachplaner beigezogen. Das Konzept sieht vor, dass jedes Parkfeld mit einer Ladestation ausgestattet werden kann. Das Leitungsnetz wird deshalb mit den entsprechenden Leerrohren versehen, sodass eine Erweiterung jederzeit möglich ist. In der



Querschnitt Tiefgarage mit späterer Erschliessung Restparzelle



ersten Phase sieht das vorliegende Betriebskonzept für die Tiefgarage den Einbau von 12 Ladestationen vor. Wobei eine Ladestation an einem Behindertenparkplatz und eine bei einem Parkplatz für Kleinbusse installiert wird. Es sind keine Schnellladestationen vorgesehen.

Retention / Brauchwasser / Reservoir Sprinkleranlage
Das gesamte Regenwasser auf dem Gelände wird in Rückhaltebecken geleitet. Diese sind miteinander verbunden. Dieses Wasser kann für die Bewässerung genutzt werden.

Die Sprinkleranlage beinhaltet einen Tank mit Frischwasserzufuhr. Aufgrund der Anforderungen des Brandschutzes muss die Sprinkleranlage von ausserhalb der Tiefgarage zugänglich sein. Dank des Tanks braucht es keine aufwendige Leitungszuführungen, um die Sprinkleranlage mit Wasser zu versorgen.

Parkplatzbewirtschaftung
Die Gemeinde Feusisberg verfügt derzeit über kein Reglement zur Bewirtschaftung öffentlicher Parkplätze. Der Gemeinderat setzte sich im Jahr 2024 vertieft mit der Thematik auseinander. Er beschloss, auf die Ausarbeitung eines Bewirtschaftungsreglements für die öffentlichen Parkplätze zu verzichten. Beim vorliegenden Projekt ist eine Schrankenanlage für die Tiefgarage Maihof vorgesehen. Dadurch handelt es sich nicht mehr um einen öffentlichen Parkplatz. Die Parkplätze dürfen ohne Reglement bewirtschaftet werden. Die Gebührenordnung für die Bewirtschaftung der Parkplätze wird während des Baus der Tiefgarage erarbeitet. Der Gemeinderat wird abschliessend darüber befinden.

Überwachung
Die Tiefgarage ist während 24 Stunden an 365 Tagen für die Öffentlichkeit zugänglich. Deshalb werden Kameras für die Videoüberwachung installiert. Dies ist in der Planung bereits berücksichtigt.

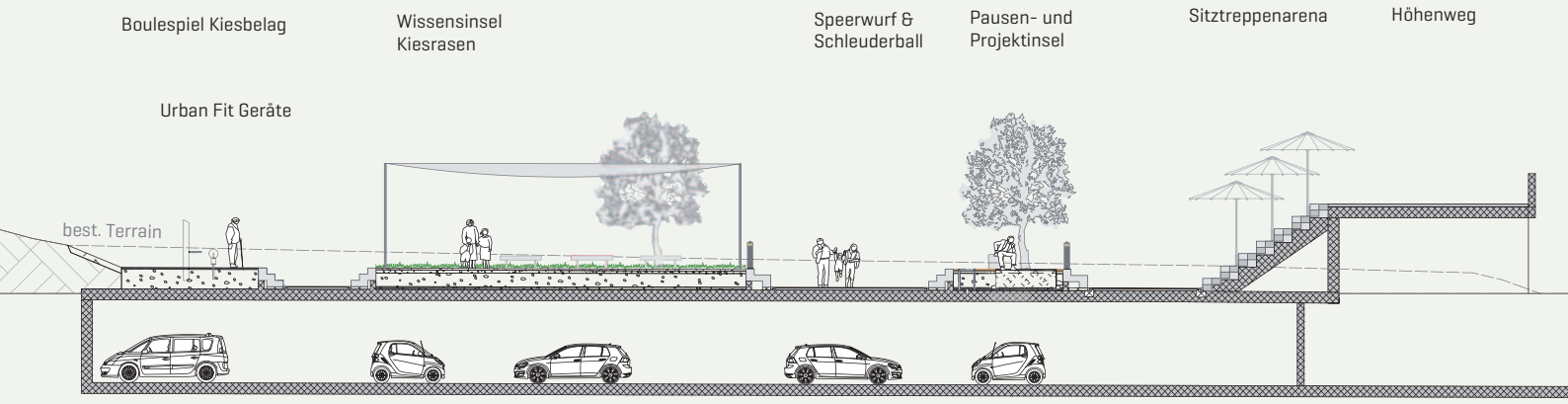
2.3 Sportplatz mit Naturrasen

Das Spielfeld ist 46 Meter lang und 26 Meter breit. Um das Spielfeld herum verläuft ein Sicherheitsbereich von 3 Metern. Es gibt zwei bewegliche Tore, die jeweils 5 Meter breit sind.

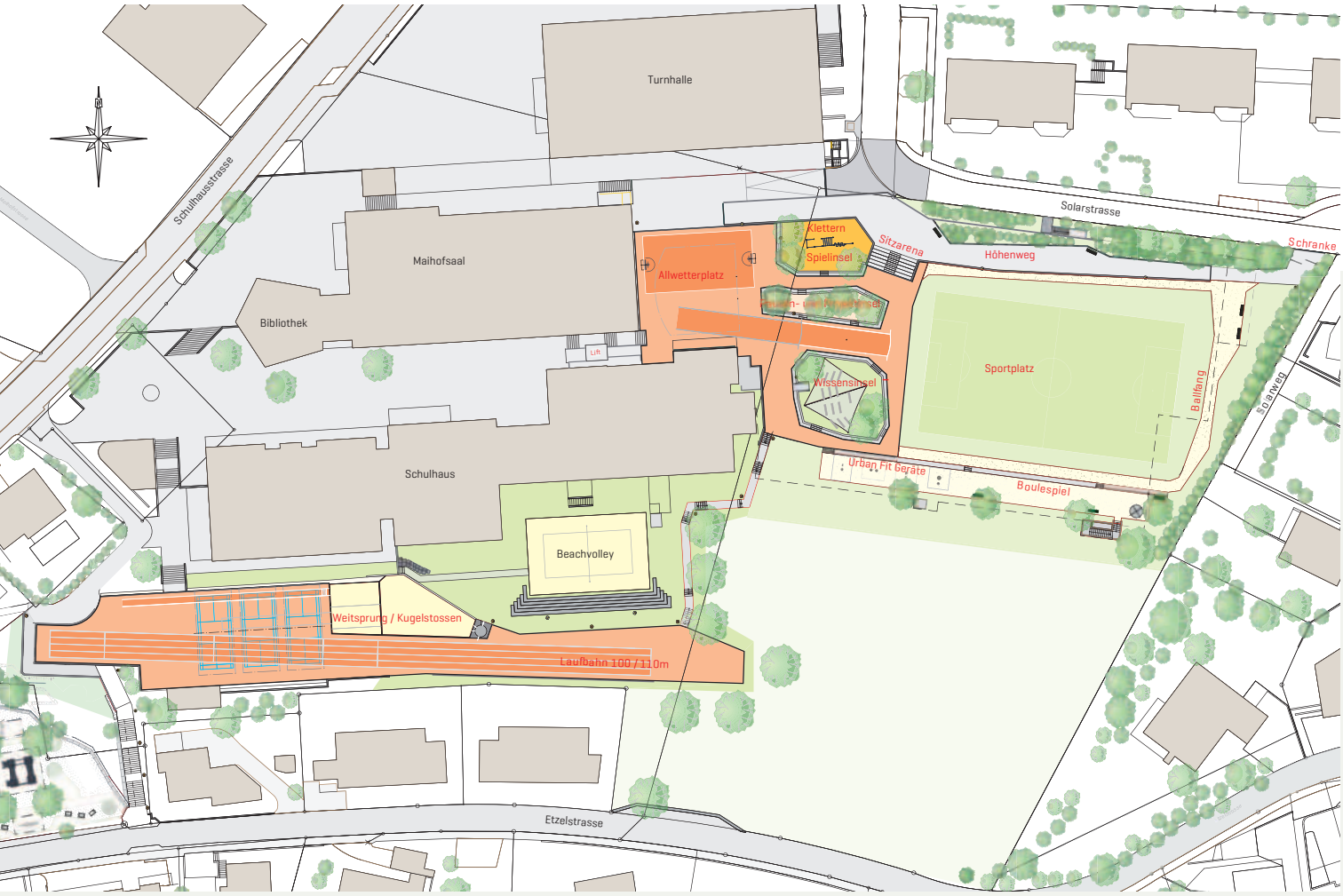
An der Nordseite des Spielfelds (Solarstrasse) wird die Mauer der Tiefgaragenrampe auf einer Höhe von 4 Metern verlängert. Diese Mauer dient als Ballfangzaun. An der Ostseite (Solarweg) wird ein 4 Meter hoher Ballfangzaun erstellt. Der ETV Schindellegi will die Anlage künftig für Speer- und Diskuswurf nutzen. Deshalb sind auf der Süd- (Boulebahn, Restparzelle) und Westseite (Pausenplatz) keine Ballfänge vorgesehen.

Es ist ein Naturrasen geplant. Naturrasen ist umweltfreundlicher als Kunstrasen. Er kühlt die Umgebung, dämmt Lärm und federt Stürze besser ab. Ausserdem ist Kunstrasen teurer als Naturrasen. Weil unter dem Naturrasen die Tiefgarage liegt, ist ein automatisches Bewässerungssystem für den Naturrasen geplant.

Der Sportplatz ist kleiner als die darunterliegende Tiefgarage. Dadurch entsteht eine zusätzliche Fläche. Dieser Bereich soll mittels einer Sitztreppe leicht erhöht werden. Hier werden Urban



Querschnitt aussen Schulraum mit Tiefgarage



Gesamtsituation Sport- und Freizeitanlage

Fitness Geräte installiert. Zudem sind dort ein Bouleplatz und der Abwurfbereich für den Diskuswurf geplant.

Der gesamte Bereich kann mit geringem Aufwand angepasst werden, sollten sich die Bedürfnisse ändern oder sollte ein Bauprojekt auf der Restfläche des Grundstücks realisiert werden.

Beleuchtung Sportplatz
Der Sportplatz wird mit fünf Kandelabern beleuchtet. Vier davon sind für den Naturrasen und eine für den Multisportplatz mit dem Streetbasketball-Platz. Die Kandelaber sind 14 Meter hoch. Die Beleuchtung entspricht den SLG-Richtlinien für Sportplätze mit Rasen, die für Spiele und Sport genutzt werden, nicht aber für Wettkämpfe. Die Beleuchtung reicht für Ballspiele wie Fussball aus.

Das bestehende Beachvolleyballfeld wird künftig beleuchtet. Die Beleuchtung besteht aus zwei Kandelabern, die 14 Meter hoch sind. Die Beleuchtung kann über einen Schalter eingeschaltet werden. Ein Timer sorgt dafür, dass sich die Beleuchtung nach 30 Minuten automatisch ausschaltet. Die Nutzung wird im Benutzungsreglement geregelt. Wie beim Sportplatz kann die Beleuchtung des Beachvolleyballfelds ab 22.00 Uhr nicht mehr eingeschalten werden.

2.4 Spiel-, Projekt- und Wissensinsel

Der Pausenplatz wird erweitert und bekommt Spiel-, Projekt- und Wissensinseln. Diese Bereiche können auch für den Unterricht im Freien genutzt werden. Die Wissensinsel, welche für den Unterricht im Freien gedacht ist, hat Sitzplätze, einen Sonnenschutz und einen Trinkbrunnen. Eine Rampe ermöglicht den barrierefreien Zugang. Wie genau die Spiel- und Projektinseln ausgestattet sein werden, steht noch nicht fest. Bäume sollen die Bereiche beschatten.

2.5 Höhenweg mit Boulderwand

Durch die Rampe der Tiefgaragenzufahrt entsteht die Möglichkeit zur Realisierung eines Höhenwegs. Dieser ist ein weiteres gestalterisches Element. Zudem dient er als sicherer Schulweg, indem er die Schülerinnen und Schüler vom Solarweg und der Solarstrasse direkt auf das Schulareal führt. Auf diese Weise bleibt die Tiefgaragen-ein- und -ausfahrt gut vom Fussgänger- und Radverkehr getrennt. Der Höhenweg wird mit einem Hartbelag versehen damit der Winterdienst einfach gewährleistet werden kann. Auf der Rückseite des Höhenwegs, im Bereich des Pausenplatzes, entstehen bei der Spielinsel eine Boulderwand und ein Streetworkout-Platz. Diese Fläche wird mit einem entsprechenden Fallschutzbelag ausgestattet.



Visualisierung Aufgang Höhenweg



Visualisierung Ansicht Pausenplatz

2.6 Pausenplatz

Der Pausenplatz umfasst eine Fläche von rund 850 Quadratmetern und ist befahrbar. Er ist so ausgelegt, dass er für den Anlauf für Speerwurf und Schleuderball genutzt werden kann. Es ist geplant, Streetbasketball-Körbe anzubringen. Der Pausenplatz wird mit einem mehrfarbigen, sickerfähigen EPDM-Belag versehen.

2.7 Boule und Urban Fit Geräte

Mit den Urban-Fit-Geräten und dem Bouleplatz haben Jung und Alt südlich neben dem Sportplatz die Möglichkeit, die Sport- und Freizeitanlage individuell zu nutzen.

2.8 Verbindungswege

Zwischen dem neuen Sportplatz, der Laufbahn oberhalb des Schulhauses und dem Beachvolleyballplatz entsteht ein neuer Verbindungsweg. Er verläuft seitlich neben dem bestehenden Schulgebäude entlang und wird als Treppenweg realisiert.

Für die Wegführung vom Schulhaus Richtung Etzelstrasse wurden verschiedene Varianten geprüft. Am zweckmässigsten ist es, die Treppe und die Stützmauer anzupassen. Künftig führt der Fussweg um die erweiterte Laufbahn herum, wodurch Konflikte zwischen Fussgängerinnen und Sportlern vermieden werden. In der Sachvorlage aus dem Jahr 2022 verlief der Weg über die Laufbahn.

2.9 Laufbahn und Kugelstossanlage

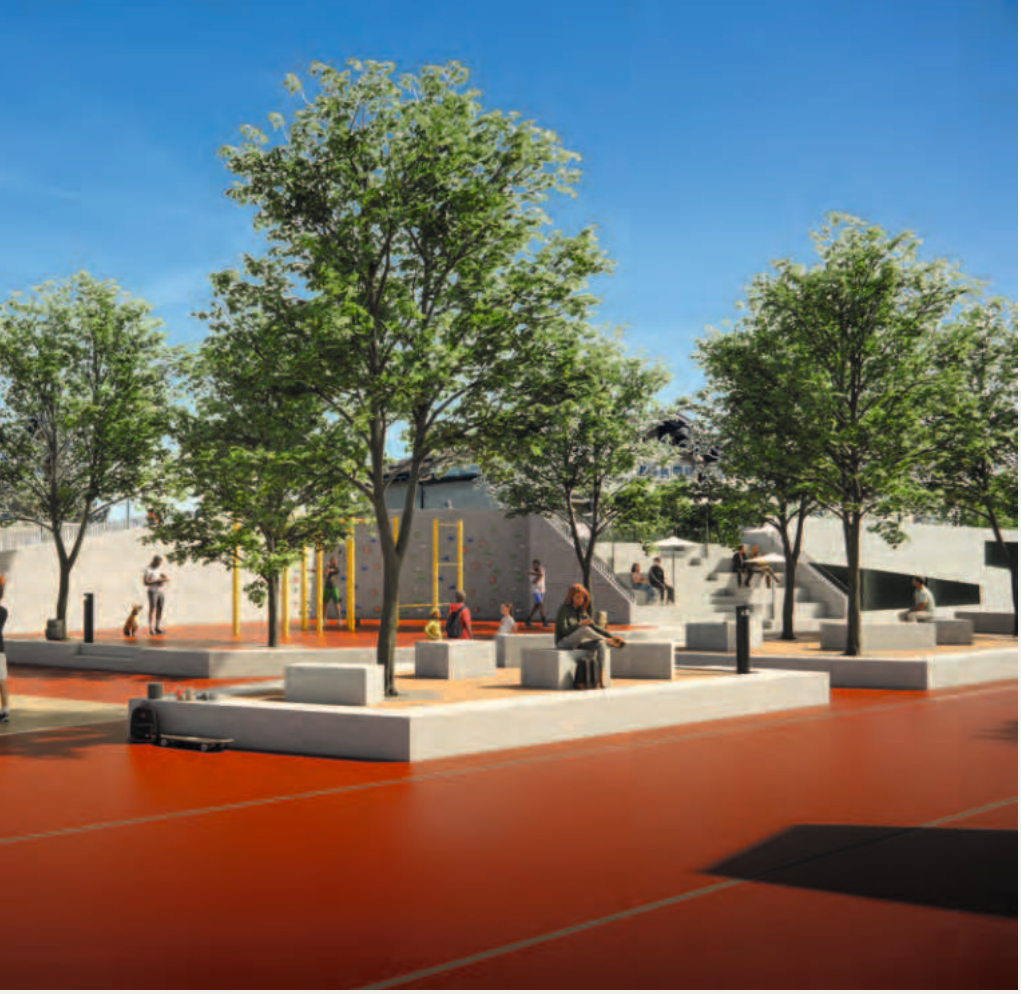
Die bestehende Leichtathletikbahn oberhalb der Schule soll optimiert und von 100 auf 130 Meter verlängert werden. Mit dieser Änderung erfüllt sie die Bedingungen für offizielle Wettkämpfe. Die Laufbahn wird nach Osten und Westen hin ausgebaut. Der bestehende rote EPDM-Belag wird fortgeführt. Weil die Laufbahn länger wird, braucht es einen zusätzlichen Kandelaber.

Die bestehende Weitsprunganlage ist zu kurz, um darauf Kugelstossen zu betreiben. Deshalb wird gegenüber der Weitsprung-/Steinstossanlage eine neue Kugelstossanlage erstellt.

2.10 Restfläche des Grundstücks

Aktuell gibt es keine Pläne für das übrige Grundstück. Die Fläche wird weiterhin für die Landwirtschaft genutzt. Um die Zufahrt zu dieser landwirtschaftlich genutzten Restfläche zu gewährleisten, wurden verschiedene Varianten geprüft. Eine separate Zufahrt von der Solarstrasse her hätte einen grossen Nachteil: Die Bepflanzung entlang der Solarstrasse, die als Sicht- und Lärmschutz dient, müsste auf einem grossen Stück entfernt werden.

Die einfachste Lösung ist eine Erschliessung über den Pausenplatz. Der Belag dort soll so gebaut werden, dass er befahren werden darf. Die Zufahrt ist über die Rampe möglich und führt dann zwischen der Wissensinsel und dem Sportplatz hindurch. Eine Vereinbarung



mit dem Landwirt regelt die Nutzung dieser Zufahrt.

Falls das Grundstück später bebaut werden sollte, ist die Zufahrt über die geplante Tiefgarage bereits berücksichtigt. Die Erschliessung mit den Werkleitungen wird vorbereitet.

3. Benutzungsreglement Sportplatz Maihof

Der Betrieb der Schul-, Sport- und Freizeitanlage Maihof in Schindellegi soll künftig nach einem Benutzungsreglement erfolgen. Das Reglement stützt sich auf vergleichbare Reglemente anderer Gemeinden. Es berücksichtigt Anregungen und Vorschläge der Arbeitsgruppe, des Gemeinderats sowie Anwohnerinnen und Anwohnern. Der Entwurf des Benutzungsreglements ist im Anhang abgedruckt. Für die Schulräumlichkeiten Maihof und den Maihofsaal gibt es je ein eigenes Reglement. Bereits bei der Sachvorlage aus dem Jahr 2022 war das Benützungsreglement ein Anhang. Es gibt keine Änderungen gegenüber dem damaligen Reglement.

4. Bauzeit

Der Zeitplan sieht vor, dass die Baueingabe Anfang 2026 erfolgt, vorausgesetzt, die Sachvorlage «Schul-, Sport- und Freizeitanlage Maihof mit Neubau Tiefgarage» wird an der Urne angenommen. Der Baustart ist für den August 2026 geplant. Die Bauarbeiten dauern voraussichtlich bis Sommer 2028.

Aktuell dient die Maihofwiese nur der Landwirtschaft. Deswegen hat der Bau wenig Einfluss auf den Schulbetrieb sowie das Maihofzentrum. Notwendige Arbeiten lassen sich gut planen und laufen parallel zum Schulbetrieb.

Weil die Solarstrasse bereits 2024 ausgebaut wurde, kann die Baustelle optimal erschlossen werden. Das Planerteam hat das Bauprojekt bereits ausgearbeitet. Bei Zustimmung durch die Bevölkerung kann direkt das Ausführungs- und Auflageprojekt angegangen werden.

5. Finanzierung und Folgekosten

5.1 Projektkosten (+/– 10 Prozent)

Die Kosten für den Bau der Tiefgarage und der Schul-, Sport- und Freizeitanlage Maihof basieren auf dem Bauprojekt der Planerteam GPTK, c/o bsp Ingenieure + Planer AG, Küssnacht am Rigi. Der Kostenvoranschlag richtet sich nach Erfahrungswerten vergleichbarer Bauvorhaben (Stand April 2024) und weist eine Genauigkeit von +/– 10 Prozent auf. Die Mehrwertsteuer von aktuell 8,1 Prozent ist eingerechnet.

Gestützt auf die genannten Grundlagen wurden die Kosten für den Bau der Tiefgarage und Schul-, Sport- und Freizeitanlage Maihof ermittelt. Aufgrund der Genauigkeit beinhaltet das Projekt eine übliche Reserve in der Höhe von 10 Prozent.

Die bisher entstandenen Kosten in der Höhe von rund 340'000 Franken für das vorliegende Bauprojekt sind im vorliegenden Kredit enthalten.

Die Preise basieren auf dem Zürcher Baukostenindex mit Stand vom 1. April 2024. Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen wurden die Kosten für den Bau der Schul-, Sport- und Freizeitanlage mit Tiefgarage wie folgt ermittelt:

Investitionskosten

Landkosten		**Fr. inkl. MwSt.**
	Landerwerb fiktiv (gerundet)*	**3‘050‘000**
Baukosten		
BKP	**Arbeitsgattung**	
0	Grundstück (Erschliessung)	25‘000
1	Vorbereitungsarbeiten	737‘000
2	Gebäude	14‘632‘495
3	Betriebseinrichtung	75‘000
4	Umgebung	1‘977‘000
5	Baunebenkosten	620‘000
6	Reserve (10 Prozent von BKP 1, 2, 3, 4)	1‘748‘505
9	Ausstattung	85‘000
	Baukosten	**19‘900‘000**
Total Schul-, Sport- und Freizeitanlage mit Tiefgarage, inkl. Landerwerb		**22‘950‘000**

** Der Landbedarf für dieses Projekt wird gedeckt, indem ein Teil der Maihofwiese abparzelliert wird. Die Maihofwiese befindet sich bereits im Eigentum der Gemeinde Feusisberg. Die neue Parzelle wird buchhalterisch vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen umgebucht. Der Wert pro Quadratmeter beträgt 617.01 Franken. Da für das Projekt 4‘940 Quadratmeter benötigt werden, ergeben sich fiktive Landkosten in der Höhe von rund 3‘050‘000 Franken. Nach geltender Gesetzgebung darf dieser Betrag nicht abgeschrieben werden, womit sich das Eigenkapital nicht verändert.*

5.2 Unterhalts-, Betriebs-, Zins- und Abschreibungskosten

Das Projekt wird jährliche Betriebskosten verursachen. Dies betrifft die Tiefgarage, den Sportplatz sowie die gesamte Erweiterung der Aussenanlage. Reinigung, Betrieb und Unterhalt schlagen erfahrungsgemäss mit rund 1 Prozent der Anlagekosten inklusive Landwert zu Buche. Bei einem Anlagewert von rund 23 Mio. Franken ist mit durchschnittlichen Betriebskosten in der Höhe von rund 230‘000 Franken pro Jahr zu rechnen.

Die gesamten Baukosten werden erst ab Bauvollendung abgeschrieben und belasten die Erfolgsrechnung ab dann während 25 Jahren zusätzlich mit durchschnittlich rund 795‘745.80 Franken jährlich.

Die Zinssätze für die Verzinsung des erforderlichen Kapitals lassen sich aufgrund der volatilen Lage am Kapitalmarkt nicht abschliessend definieren. Die maximalen Zinskosten pro Jahr für dieses Projekt dürften sich zwischen 298‘500 Franken (Zinssatz 1,5 Prozent) und 497‘500 Franken (Zinssatz 2,5 Prozent) belaufen. Die jährliche Zinslast beträgt durchschnittlich 199‘000 Franken. Diese Berechnung basiert auf einer Abschreibung über 25 Jahre und dem Durchschnitt aus dem niedrigsten und höchsten Zinssatz.

Somit belastet dieses Projekt ab Fertigstellung die jährliche Erfolgsrechnung der Gemeinde durchschnittlich wie folgt:

Betriebskosten	Fr.	230‘000
Abschreibungskosten	Fr.	796‘000
Zinskosten (Mittelwert von 1,5 Prozent und 2,5 Prozent)	Fr.	199‘000
Geschätzte Betriebs-, Abschreibungs- und Zinskosten	Fr.	1‘225‘000

Investitionsrechnung
Heissen die Stimmberechtigten den Bau der Schul-, Sport- und Freizeitanlage mit Tiefgarage gut, werden die Kosten für die Realisierung des Projekts der Investitionsrechnung belastet. Die Ausgaben werden gemäss Finanzhaushaltsgesetz amortisiert und verzinst. Der Gemeinderat darf nach der Zustimmung durch die Stimmberechtigten Kredite aufnehmen, falls das erforderlich ist.

Kantonsbeiträge
Gestützt auf die Verordnung über Beiträge an Schulanlagen können Gemeinden Kantonsbeiträge für Neu- und Erweiterungsbauten beantragen. Voraussetzung ist, dass eine Gemeinde den Bedarf an zusätzlichem Schulraum ausweisen kann. Das Projekt wurde beim Kanton angemeldet. Der Kanton hat einen provisorischen Beitrag in der Grössenordnung von rund 100‘000 Franken in Aussicht gestellt. Dieser Beitrag wird dem Projekt gutgeschrieben.

5.3 Finanzielle Auswirkungen

Die Kosten für die Realisierung des Projekts «Schul-, Sport- und Freizeitanlage Maihof mit Tiefgarage» sind im aktuellen Finanzplan berücksichtigt. Das Projekt kann ohne Erhöhung des Steuerfusses umgesetzt werden. Im Falle einer Zustimmung wird der beantragte Verpflichtungskredit der Investitionsrechnung belastet. Der Verpflichtungskredit wird gemäss Finanzhaushaltsgesetz amortisiert und verzinst. Bei Zustimmung durch die Stimmberechtigten erhält der Gemeinderat die Erlaubnis, die erforderlichen Geldmittel zur Finanzierung des Projekts auf dem Darlehensweg zu beschaffen, sofern dies nötig ist.

5.4 Was passiert bei Ablehnung

Das Projekt aus dem Jahr 2022 lässt sich mit dem gesprochenen Kredit nicht im Sinne der damaligen Sachvorlage umsetzen. Es wird deshalb nicht weiterverfolgt. Sagen die Stimmberechtigten Nein zur neuen Sachvorlage «Schul-, Sport- und Freizeitanlage Maihof mit Tiefgarage» mit einem Kredit in der Höhe von 22,95 Mio. Franken, ist es dem Gemeinderat überlassen, ob er den Stimmberechtigten zu einem späteren Zeitpunkt ein anderes Projekt vorlegen will. Der Gemeinderat ist dazu nicht verpflichtet.

6. Empfehlung des Gemeinderats

Der Gemeinderat empfiehlt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern,

- dem Projekt Schul-, Sport- und Freizeitanlage Maihof mit Neubau einer Tiefgarage in Schindellegi zuzustimmen und
- dem Gemeinderat die Befugnis zu erteilen, die gesamten Investitionskosten der Investitionsrechnung zu belasten.

7. Bericht und Antrag der Rechnungsprüfungskommission zur Ausgabenbewilligung für die Realisierung der Schul-, Sport- und Freizeitanlage Maihof mit Neubau Tiefgarage in der Höhe von 22,95 Mio. Franken.

Als Rechnungsprüfungskommission haben wir die Ausgabenbewilligung für die Realisierung des Projektes «Schul-, Sport- und Freizeitanlage Maihof mit Neubau Tiefgarage» in der Höhe von 22‘950‘000 Franken gemäss §§ 50 und 51 des Finanzhaushaltsgesetzes für die Bezirke und Gemeinden geprüft.

Für die Ausgabenbewilligung ist der Gemeinderat verantwortlich. Unsere Aufgabe besteht darin, diese Ausgabenbewilligung formell, rechtlich und materiell zu prüfen.

Gemäss unserer Beurteilung entspricht die Vorlage den gesetzlichen Bestimmungen. Wir beantragen, die vom Gemeinderat unterbreitete Ausgabenbewilligung zu genehmigen.

Feusisberg, 05. Mai 2025

Die Rechnungsprüfungskommission der Gemeinde Feusisberg

Tobias Hegner, Präsident
Michael Kälin
Sven Lang
Jasmin Ruhstaller-Föllmi
Sarah Zanuco

Benutzungsreglement
Sport- und Freizeitanlage Maihof, Schindellegi

ENTWURF

1. Allgemeine Bestimmungen

1.1. Zweck

Dieses Reglement regelt die Benutzung der Sport- und Freizeitanlage im Zentrum Maihof Schindellegi der Gemeinde Feusisberg.

Die Gemeinde Feusisberg stellt der Schule Feusisberg, den Vereinen und der Öffentlichkeit aus Feusisberg und Schindellegi die Sport- und Freizeitanlage Maihof Schindellegi zur freien Benützung zur Verfügung.

1.2. Anlagen

Die Sport- und Freizeitanlage Maihof umfasst folgende Plätze:

- Sportplatz (Rasen)
- Pausenplatz mit Pausen-, Projekt-, Spiel- und Wissensinseln
- Laufbahn mit Weitsprunganlage und rotem Platz
- Beachvolleyballanlage
- Spielplatz Kindergarten

Diese Anlagen können für Bildungszwecke, kulturelle und sportliche Anlässe, Versammlungen und andere öffentliche Veranstaltungen von Vereinen, Institutionen, Organisationen, Unternehmungen und Privaten benutzt werden. Für wettkampfmässige Fussballtrainings und Fussballspiele steht grundsätzlich die Sportanlage Weni zur Verfügung.

2. Bewilligungsverfahren

2.1. Belegung

Die Schule Feusisberg hat bei der Benützung der Anlage Vorrang gegenüber Vereinen, Institutionen, Organisationen und Unternehmungen und Privaten.

Für den Sportplatz (Rasen) wird ein separater Belegungsplan erarbeitet und ausgehängt. Der Belegungsplan wird durch die Schule erstellt. Die Leiter der Vereine sollen sich bei Bedarf untereinander absprechen.

Die Benützung während der Schulzeit hat in Absprache mit der Schulleitung zu erfolgen. Die restliche Zeit dürfen die Anlagen während den Benützungszeiten durch die Öffentlichkeit genutzt werden.

2.2. Gesuche

Gesuche für die Nutzung der Anlage, welche die schulische oder öffentliche Nutzung einschränken, sind schriftlich bei der Schulverwaltung in Schindellegi einzureichen.

Bei grösseren Anlässen, die über die übliche Nutzung hinausgehen, kann die Schulverwaltung eine Bewilligung durch den Gemeinderat verlangen. Grössere Anlässe sind 3 Monate im Voraus zu beantragen.

Bei Bedarf kann die Schulverwaltung überdies ein Veranstaltungskonzept mit Parkierungskonzept, Sicherheitsdienst, Sanitätsdienst etc. verlangen. Die Erteilung der Bewilligung erfolgt im Normalfall durch die Schulverwaltung.

Gesuche für Dauerbelegung müssen jährlich neu eingegeben werden.

3. Benutzung

3.1. Benutzungszeiten

Die Benützungszeiten der bezeichneten Anlagen für die öffentliche Benützung sind:

Montag bis Freitag	08.00 bis 22.00 Uhr gilt auch für Schulferien
Samstag	08.00 bis 20.00 Uhr
Sonntag	10.00 bis 20.00 Uhr
Mittagspause Montag bis Freitag	12.00 bis 13.00 Uhr
Samstag und Sonntag	keine Mittagspause
Feiertage	gelten wie Sonntage

Die Benützungszeiten können durch den Gemeinderat geändert werden.

3.2. Beleuchtung

Die Aussenlichtanlage ist so programmiert, dass sie automatisch um 22.00 Uhr abschaltet. Der Sportplatz und der rote Platz verfügen über separate Schlüsselschaltungen, welche nur durch die verantwortlichen Personen der Vereine eingeschaltet werden können. Die Beleuchtung des Beachvolleyballfeldes kann über einen Drücker eingeschaltet werden, verfügt jedoch über einen 30-Minuten Timer, der die Beleuchtung nach 30 Minuten automatisch wieder abschaltet.

3.3. Sorgfaltspflicht und Haftung

Der Benutzer hat die Anlagen samt Gerätschaften und Inventar sorgfältig zu gebrauchen. Er haftet für die von ihm verursachten Schäden. Schäden sind der Schulverwaltung sofort zu melden. Reparaturen an beschädigten Sachen, werden dem Benutzer in Rechnung gestellt.

Die Aufsichtspflicht liegt bei den jeweiligen Benutzern.

Die Gemeinde übernimmt keine Haftung, bei Minderjährigen haften die Eltern.

3.4. Beschallung, Musik, akustische Hilfsmittel

Die installierten Lautsprecher auf dem roten Platz dürfen während den Benützungszeiten benutzt werden. Ansonsten sind auf dem Areal keine Lautsprecher (auch keine tragbaren) erlaubt, davon ausgenommen ist der Schulunterricht bis 17.00 Uhr.

Die Verwendung von akustischen Hilfsmitteln (bspw. Trillerpfeifen und dergleichen) nach 18.00 Uhr ist untersagt.

3.5. Weisungen der Hauswartung, Freigabe Platz

Den Weisungen der Hauswartung ist Folge zu leisten. Der Sportplatz (Rasen) wird durch das Hauswartteam freigegeben.

Markierungen auf dem Sportplatz dürfen nur durch das Hauswartteam oder in Absprache mit diesem vorgenommen werden.

Missachtungen dieses Benutzungsreglements und der Benutzungsbewilligung sowie ihrer Weisungen meldet die Hauswartung sofort der Schulverwaltung.

4. Rauch-, Feuer- und Alkoholverbot

Auf der ganzen Sport- und Freizeitanlage gilt ein striktes Rauch-, Feuer- und Alkoholverbot. Grills und jegliche andere Feuerstellen für private Unterhaltung dürfen auf dem ganzen Areal nicht benutzt werden.

Bei Anlässen können Ausnahmen bewilligt werden.

4.1. Reinigung und Abfallentsorgung

Die Anlage ist in sauberem Zustand zu verlassen und der Abfall in den aufgestellten Abfalleimern zu entsorgen.

Die Wartung der Anlagen erfolgt durch das Hauswartteam.

5. Sicherheit/Parkordnung

In der Parkgarage und auf ihren Zufahrtsrampen sind Spiele sowie jeglicher Aufenthalt, welcher nicht mit dem Parkieren zusammenhängt, verboten.

Die Parkierung von Velos, Mofas und Autos hat auf dem Areal Maihof und nicht in der Solarstrasse zu erfolgen. Private Parkplätze dürfen nicht belegt werden. Die Zufahrt zu diesen muss jederzeit gewährleistet sein.

6. Sanktionen

Bei Zuwiderhandlung gegen dieses Benutzungsreglement kann die Bewilligungsinstanz fehlbare Benutzer vorübergehend oder dauernd von der Benutzung der bezeichneten Anlagen ausschliessen.

Bei regelmässig gemeldeten Verstössen gegen dieses Betriebsreglement prüft die Bewilligungsinstanz die Durchsetzung mittels privater Sicherheitsfirma.

Die Schadenersatzpflicht des Benutzers bleibt auch bei einer solchen Sanktion bestehen.

Beschwerden sind an den Schulrat zu richten. Schlichtungsinstanz ist der Gemeinderat.

7. Gebühren

Gebühren für eine allfällige Vermietung bei speziellen Anlässen werden durch die Bewilligungsinstanz im Einzelfall festgelegt.

8. Publikation

Der Gemeinderat sorgt mit geeigneten Massnahmen auf dem Areal, dass die Kerninhalte wie die Benützungszeiten, Grillverbote etc. eingehalten werden.

9. Inkrafttreten

Dieses Reglement tritt mit Genehmigung des Gemeinderats in Kraft.

Genehmigt am:

Beschluss Nr.:

Im Namen des Gemeinderates

Der Gemeindepräsident:
Martin Wipfli

Die Gemeindeschreiberin:
Cécile Klaus

Statutenrevision des Zweckverbandes für Kehrichtbeseitigung im Linthgebiet

Erläuterungen und Genehmigungsinhalt des Sachgeschäft Statutenrevision des Zweckverbandes für Kehrichtbeseitigung im Linthgebiet

Antrag des Gemeinderates

1. Die neuen Statuten des Zweckverbandes für die Kehrichtbeseitigung im Linthgebiet (ZKL) in der Fassung gemäss Zustimmung an der Delegiertenversammlung vom 27. November 2023 werden genehmigt.

2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Ausgangslage

Die Statuten des Zweckverbandes von 1974 sind bereits zweimal revidiert worden (1994 und 2007). Bei der letzten Revision ging es namentlich um Anpassungen bei der Formulierung des Verbandszwecks sowie bei der Abgrenzung von Kompetenzen der Abgeordnetenversammlung und der Betriebskommission. Zudem wurden die Dienstverhältnisse in privatrechtliche Arbeitsverträge überführt.

Nach rund 16 Jahren zeichnet sich erneut der Bedarf für gewisse Anpassungen ab. Die Anforderungen des heutigen Marktes erfordern zeitgemässe Strukturen. Zudem haben sich auch die rechtlichen Grundlagen weiterentwickelt, was sich auf die Organisation des Betriebs und des Finanzwesens auswirkt. Zweckverbände sind demokratisch zu organisieren, weshalb ein Initiativ- und Referendumsrecht vorzusehen ist.

In Anbetracht dieses Revisionsbedarfs hat sich eine Projektgruppe ab Herbst 2021 mit den anstehenden Themen näher befasst und einen Entwurf ausgearbeitet. In der Zeit von April bis August 2023 konnte in allen Verbandsgemeinden ein Vernehmlassungsverfahren durchgeführt werden. Ebenfalls wurde der Statutenentwurf durch die zuständigen Departemente der Kantone Glarus, Schwyz und St. Gallen vorgeprüft.

Eigentümer der KVA Linth ist der Zweckverband für die Kehrichtbeseitigung im Linthgebiet. Er besteht aus 3 Glarner Gemeinden sowie aus 16 Schwyzer und 9 St. Galler Gemeinden. Am 27. November 2023 haben die Delegierten des Zweckverbandes den revidierten Statuten zugestimmt.

Das Wichtigste in Kürze

- Die unbestrittene Notwendigkeit einer effizienten Energieverwertung im Rahmen der umweltgerechten und nachhaltigen Behandlung und Entsorgung von Abfällen soll im Zweckartikel ausgedrückt werden.
- Das bisherige System, wonach Gemeindefusionen die Stimmrechtsverhältnisse der Verbandsgemeinden nicht verändern, wird beibehalten. In diesem Zusammenhang wird verdeutlicht, um welche wichtigen Abstimmungen in den Verbandsgemeinden es hierbei geht.
- Neu bieten die Statuten die Möglichkeit, dass der Verband bei der Darstellung des Kontenrahmens, des Budgets und der Jahresrechnung von den Vorschriften des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Kantons Glarus und seiner Gemeinden sowie dessen Ausführungsbestimmungen und den Vorschriften des harmonisierten Rechnungsmodells (HRM) abweichen kann, wobei die Delegiertenversammlung die näheren Bestimmungen zur Darstellung zu erlassen hat.
- Die Finanzbefugnisse der verschiedenen Organe (Verwaltungsrat, Delegiertenversammlung, Verbandsgemeinden) werden betragsmässig angehoben, wobei zwischen neuen Ausgaben, gebundenen Ausgaben und Zusatzkrediten differenziert wird.
- Die demokratischen Mitwirkungsrechte werden gestärkt. Eingeführt werden ein obligatorisches Finanzreferendum für gewisse Ausgaben sowie ein Initiativrecht auf Änderung der Statuten.
- Verschiedene Bezeichnungen in den Statuten sollen zeitgemäss angepasst werden. Dies gilt auch für den Namen des Zweckverbandes, wenn künftig nicht mehr von der «Kehrichtbeseitigung», sondern neu von der «Kehrichtverwertung» gesprochen wird.

Einzelne Punkte der Revision

Verbandszweck und Umbenennungen
Bereits in der letzten Statutenrevision 2007 war die Formulierung des Zweckartikels ein Thema. Damals hat man sich von der Fokussierung auf eine zentrale Abfallverbrennungsanlage sowie eine Klärschlamm-Entsorgungsanlage gelöst und den Zweckartikel nicht auf die bestehenden Anlagen fixiert. Die bewährte Formulierung soll grundsätzlich beibehalten werden. Es kann aber ein Hinweis auf die zu verfolgende effiziente Energieverwertung folgen. So wurde unlängst etwa auch bei den Projektinformationen zum Erneuerungsprojekt KVA Linth 2025 auf die Notwendigkeit der effizienten Energieverwertung hingewiesen.

Verschiedene Bezeichnungen in den Statuten sollen zeitgemäss angepasst werden. Die Rede ist nicht mehr von der «Betriebskommission», sondern vom «Verwaltungsrat». Der «Betriebsleiter» wird neu als «Geschäftsführer» bezeichnet. Schliesslich wird der Begriff «Delegierte» anstelle des bisher verwendeten Begriffs «Abgeordnete» verwendet. Auch beim Namen des Zweckverbandes ist eine Anpassung vorgesehen, indem nicht mehr von der «Kehrichtbeseitigung», sondern neu von der «Kehrichtverwertung» gesprochen werden soll. In diesem letzteren Punkt ist zu beachten, dass die interkantonale Vereinbarung über den Zweckverband vom 6. September 1994 vom Zweckverband für die Kehrichtbeseitigung im Linthgebiet spricht. Aus diesem Grund, aber auch noch wegen weiteren Punkten wird

die interkantonale Vereinbarung anpassungsbedürftig. Nach Einschätzung des Departements Volkswirtschaft und Inneres des Kantons Glarus sollte diese Anpassung im Anschluss an die Statutenrevision erfolgen.

Verbandsgemeinden und Gemeindestimmen
Das oberste Organ des Zweckverbandes sind und bleiben die Verbandsgemeinden. Die bedeutendsten Kompetenzen stehen deshalb diesem Organ zu. Diese Befugnisse werden in Art. 7 Abs. 1 lit. a bis e aufgezählt. In vier Fällen geht es um die Entscheidfindung in Volksabstimmungen. Es geht um die Ausgabenbeschlüsse gemäss Art. 7 Abs. 2 und 3 (mit Anhang Finanzbefugnisse), um Statutenänderungen gemäss Art. 31, um die Auflösung des Verbandes gemäss Art. 30 und (neu) um die Zustimmung zu Initiativen gemäss Art. 9. Die geforderten Quoren sind unterschiedlich (einfache Mehrheit, drei Viertel oder zwei Drittel der Verbandsgemeinden). Den Statuten ist bereits bisher immanent, dass bei Gemeindefusionen die Stimmkraft von neuen fusionierten Gemeinden keine Einbusse erleidet. Ausgedrückt wird das im bisherigen Art. 28. Dieser soll aber verdeutlicht werden. Es geht also nicht nur – wie bisher geschrieben – darum, dass den neuen Gemeinwesen nach Fusionen die Gemeindestimmen der fusionierenden Gemeinden erhalten bleiben, sondern es wird zusätzlich klargemacht, auf welche Fälle von Abstimmungen sich diese Bestimmung bezieht. An anderen Stellen in den Statuten sind aber durchaus die heute real existierenden politischen Gemeinden gemeint, wenn eben von einer Verbandsgemeinde die Rede ist. Das gilt etwa für die Möglichkeit von Verbandsgemeinden, eine Delegiertenversammlung einberufen zu lassen (Art. 13 Abs. 1 lit. c) oder für die Regelung zur Beschlussfähigkeit der Delegiertenversammlung (Art. 14 Abs. 1).

Harmonisiertes Rechnungsmodell 2 (HRM 2)
Gemäss der interkantonalen Vereinbarung vom 6. September 1994 sind für die Besorgung der Verbandsangelegenheiten die einschlägigen gesetzlichen Vorschriften des Kantons Glarus massgebend, soweit nichts anderes vereinbart wird (Art. 3 Abs. 2). Die Landsgemeinde des Kantons Glarus hat der Änderung des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Kantons Glarus und seiner Gemeinden (FHG) im Mai 2022 zugestimmt. Die Möglichkeit, dass der Zweckverband vom Geltungsbereich des FHG ausgenommen wird, ist grundsätzlich gegeben. Von dieser Möglichkeit soll im Rahmen der vorliegenden Statutenrevision Gebrauch gemacht werden, da Ausnahmen durchaus zweckmässig erscheinen. Es geht namentlich um geeignetere Vorgaben für Abschreibungen.

Aus diesem Grund wurde Art. 22 textlich erweitert und es wird die Möglichkeit geboten, dass der Verband bei der Darstellung des Kontenrahmens, des Budgets und der Jahresrechnung von den Vorschriften des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Kantons Glarus und seiner Gemeinden sowie dessen Ausführungsbestimmungen und den Vorschriften des harmonisierten Rechnungsmodells (HRM) abweichen kann, wobei die Delegiertenversammlung nähere Bestimmungen zur Darstellung zu erlassen hat. Diese näheren Bestimmungen bezeichnen das anzuwendende Regelwerk und allfällige Abweichungen davon sowie die wesentlichen Grundsätze zur Bilanzierung und Bewertung. Zudem sind das anzuwendende Regelwerk und die Grundsätze zur Bilanzierung und Bewertung in der Jahresrechnung offenzulegen.

Die gewählte Lösung lehnt sich an eine Empfehlung an, welche das Finanzdepartement des Kantons Schwyz im Zuge der Einführung von HRM2 für zulässige Abweichungen herausgegeben hat. Die gewählte Lösung konnte mit Vertretern des Departements Volkswirtschaft und Inneres des Kantons Glarus vorbesprochen werden. Die im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens den Verbandsgemeinden vorgelegte Formulierung darf als genehmigungsfähig betrachtet werden, zumal sich aus dem Vorprüfungsverfahren in den drei Kantonen diesbezüglich keine Vorbehalte ergeben haben.

Finanzbefugnisse
Die Finanzbefugnisse der verschiedenen Organe werden wie bisher in einem eigenen Anhang betragsmässig (ohne MWSt.) definiert. Bei den Kompetenzen wird wie üblich zwischen den gebundenen Ausgaben und den neuen Ausgaben unterschieden. Art. 24 Abs. 4 und 5 befassen sich mit der Abgrenzung zwischen gebundenen Ausgaben und neuen Ausgaben. Definiert werden die gebundenen Ausgaben, um sogleich alle übrigen Ausgaben als neue Ausgaben betrachten zu können. Dieser Art. 24 soll textlich keine Änderungen erfahren, obwohl die Unterscheidung im konkreten Fall auf Anhieb nicht immer klar möglich sein dürfte. Ganz allgemein ergibt sich, dass eine neue Ausgabe immer dann anzunehmen ist, wenn bei der Entscheidung über die Ausgabe ein substanzieller Entscheidungsspielraum besteht, der die Befragung der Stimmberechtigten bzw. des zuständigen Organs sachlich rechtfertigt. Zu bewerten ist also

das Ausmass des Spielraumes beim «Ob» und «Wie». Aus der Gerichtspraxis ergibt sich etwa, dass Ausgaben, die nur der Erhaltung und dem Unterhalt im Sinne der technischen Erneuerung auf einen zeitgemässen Stand dienen, als gebunden betrachtet werden dürfen. Überschreiten Modernisierungen den üblichen Standard, spricht dies für das Vorliegen eines erheblichen Entscheidungsspielraums und damit für eine neue Ausgabe. Gerade im Bereich der Kehrichtverwertung kann es oftmals um Sanierungsmassnahmen gehen, welche zwingend umgesetzt werden müssen, um dem übergeordneten Recht zu genügen. Dennoch ist davon auszugehen, dass auch künftig bei grösseren Erneuerungen und Erweiterungen (z.B. Verbrennungskapazität) von neuen Ausgaben auszugehen ist und die Verbandsgemeinden deshalb zu befragen sind. Nach Ansicht der Betriebskommission ist in diesem Zusammenhang die Anhebung der Finanzkompetenzen angezeigt.

Der Versicherungswert der Anlagen des Verbandes dürfte sich nach den geplanten Investitionen bis 2030 auf über CHF 400 Mio. erhöhen. Die aktuelle Finanzkompetenz der Abgeordnetenversammlung für Neuanschaffungen und Investitionen, welche nicht gebundene Ausgaben darstellen, liegt bei CHF 7 Mio. Das entspricht 1,75 % des Versicherungswerts. Die Betriebskommission hat eine Ausgabekompetenz für Beträge bis CHF 500 000.– bzw. 0,125 % des Versicherungswerts. Die Betriebskommission ist zur Auffassung gelangt, dass die Erhöhung der Finanzkompetenzen der Organe zweckmässig ist. Neu wird die Kompetenz der Abgeordnetenversammlung (neu Delegiertenversammlung) für neue Ausgaben auf CHF 25 Mio. angehoben. Dies entspricht 6,25 % der Versicherungssumme, wobei ab CHF 7 Mio. ein obligatorisches Referendum vorgesehen ist, sofern die Zustimmung zum Beschluss mit weniger als drei Viertel der anwesenden Delegiertenstimmen erfolgte. Die Kompetenz der Betriebskommission (neu Verwaltungsrat) soll auf 1,5 Mio. erhöht werden, was 0,375 % der Versicherungssumme entspricht. Mit diesen Anpassungen lassen sich kleinere oder mittlere Ausbauten, Erweiterungen oder Betriebsoptimierungen in der Regel über die Delegiertenversammlung abwickeln. Damit können die Verbandsgemeinden entlastet werden. Die weiteren Anpassungen der Finanzkompetenzen folgen dieser Logik. Unter kleineren und mittleren Ausbauten/Erweiterungen können z.B. die Anpassung der Lagerkapazität, Ausbauen der Flugaschenwäsche für andere KVAs, der Bau von Aufbereitungsanlagen, die Erweiterungen im Rahmen der CO_2-Abscheidung, Dampflieferungen, Fernwärme etc. gemeint sein. Diese Projekte können den Investitionsbedarf von CHF 7 Mio. schnell überschreiten. Sie werden aber keinen wesentlichen Einfluss auf die wichtigen Auslegungsparameter der Gesamtanlage, wie z.B. Verbrennungskapazität, haben. Entscheidungen mit solchen Auswirkungen sollen weiterhin den Stimmberechtigten zur Genehmigung vorgelegt werden.

Im neuen Art. 7 ist nicht nur eine betragsmässige Anhebung der Ausgabekompetenzen der verschiedenen Organe vorgesehen. Gleichzeitig wird nämlich auch für gewisse Ausgaben das obligatorische Finanzreferendum eingeführt, sofern ein von den Statuten verlangtes qualifiziertes Mehr bei der Abstimmung in der Delegiertenversammlung nicht erreicht wird. Mit diesem differenzierten System scheint die Anhebung der Kompetenzen gesamthaft als angemessen.

Demokratische Mitwirkungsrechte

Bei der vorliegenden Revision sind die verfassungsmässigen Anforderungen an Zweckverbände berücksichtigt worden. Es geht namentlich um die demokratischen Mitwirkungsrechte. In diesem Zusammenhang ist das bereits erwähnte obligatorische Finanzreferendum für gewisse neue Ausgaben gemäss Art. 7 zu nennen. Eingeführt wird mit einem neuen Art. 9 überdies ein Initiativrecht. Danach soll jeder Verbandsgemeinde das Recht zustehen, mittels ausgearbeiteten Entwurfes eine Initiative auf Änderung der Statuten einzureichen. Erachtet die Delegiertenversammlung die Initiative als zulässig, lädt sie die Verbandsgemeinden ein, in einem koordinierten Vorgehen die Initiative mit ihrem Antrag innert Jahresfrist nach Feststellung des Zustandekommens der Initiative zur Abstimmung zu bringen. Für die Annahme der Initiative wird eine qualifizierte Zustimmung von zwei Dritteln der Verbandsgemeinden verlangt. Gemäss Art. 28 wird auch bei dieser neuen Kompetenz der Verbandsgemeinden auf die historischen Gemeindestimmen abgestellt. Nach Fusionen bleiben den neuen Gemeinwesen bei den Abstimmungen die Gemeindestimmen der fusionierenden Gemeinden also erhalten.

Zeitplan

Gemäss der Übergangsbestimmung des Art. 32 sollen die neuen Statuten per 1. Januar 2026 in Kraft treten.

Empfehlung des Gemeinderates

Der Gemeinderat empfiehlt, der Vorlage/Statutenrevision zuzustimmen.

Statuten des Zweckverbandes für die Kehrichtverwertung im Linthgebiet

Wo in den Bestimmungen dieser Statuten die männliche Bezeichnung verwendet wird, gilt die betreffende Formulierung auch für die weibliche Form.

A. Zusammenschluss und Aufgabe

I. Zusammenschluss

Art. 1
Verbandsbildung
Die angeschlossenen Gemeinden der Kantone Glarus (Glarus, Glarus Nord, Glarus Süd), Schwyz (Alpthal, Altendorf, Bezirk Einsiedeln, Feusisberg, Freienbach, Galgenen, Innerthal, Lachen, Oberiberg, Reichenburg, Schübelbach, Tuggen, Unteriberg, Vorderthal, Wangen, Wollerau) und St. Gallen (Amden, Benken, Eschenbach, Gommiswald, Kaltbrunn, Schänis, Schmerikon, Uznach, Weesen) bilden unter der Bezeichnung «Zweckverband für die Kehrichtverwertung im Linthgebiet» (nachfolgend «Verband» genannt) auf unbestimmte Dauer einen Zweckverband mit eigener Rechtspersönlichkeit.

Art. 2
Sitz
Der Sitz des Verbandes befindet sich in der Gemeinde Glarus Nord.

II. Aufgaben des Verbandes

Art. 3
Zweck
Der Verband bezweckt die umweltgerechte und nachhaltige Behandlung und Entsorgung von Abfällen unter Berücksichtigung einer effizienten Energieverwertung. Er betreibt die dafür notwendigen Einrichtungen.

Art. 4
Aufgabenerfüllung
[1] Der Verband ist im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen zur Annahme von brennbaren Abfällen aus dem Verbandsgebiet verpflichtet. Er kann Abfälle von Dritten annehmen.
[2] Der Verband stellt die ökologische und ökonomische Nutzung der durch die Abfallbehandlung anfallenden Energie sowie die umweltgerechte und nachhaltige Entsorgung der Rückstände sicher.
[3] Der Verband kann im Rahmen seiner Zweckverfolgung bei der Aufgabenerfüllung Kooperationen eingehen. Der Verband kann sich namentlich an juristischen Personen des öffentlichen oder privaten Rechts beteiligen. Er kann auch einzelne Bereiche ausgliedern und zu diesem Zweck juristische Personen gründen. Der Verwaltungsrat legt im Rahmen des Geschäftsberichtes Rechenschaft über die Kooperationen ab.

Art. 5
Transport
[1] Die Anlieferung des Abfalls hat mit dazu geeigneten Fahrzeugen zu erfolgen. Der Transport ist Sache der Anlieferer (Gemeinden und Private).
[2] Der Verwaltungsrat sorgt für einen angemessenen Transportkostenausgleich zwischen den Verbandsgemeinden.

B. Organisation

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 6
Organe
[1] Organe des Zweckverbandes sind:
a) die Verbandsgemeinden;
b) die Delegiertenversammlung;
c) der Verwaltungsrat;
d) die Rechnungsprüfungskommission.
[2] Die Mitglieder des Verwaltungsrates und der Rechnungsprüfungskommission werden von der Delegiertenversammlung für eine Amtsdauer von jeweils vier Jahren gewählt.

II. Verbandsgemeinden

Art. 7
Befugnisse
[1] Den Verbandsgemeinden stehen folgende Befugnisse zu:
a) Finanzbefugnisse gemäss Anhang dieser Statuten;
b) Statutenänderungen gemäss Art. 31;
c) Auflösung des Verbandes gemäss Art. 30;
d) Wahl des Delegierten gemäss Art. 11;
e) Beschlussfassung zu Initiativen gemäss Art. 9.
[2] Ausgabenbeschlüsse der Delegiertenversammlung über neue einmalige Ausgaben von mehr als 25 Millionen Franken und neue jährlich wiederkehrende Ausgaben von mehr als 2,5 Millionen Franken bedürfen obligatorisch der Zustimmung der Mehrheit der Verbandsgemeinden.
[3] Ausgabenbeschlüsse der Delegiertenversammlung über neue einmalige Ausgaben von mehr als 7 Millionen Franken bis und mit 25 Millionen Franken und über Zusatzkredite in derselben Höhe sowie über neue jährlich wiederkehrende Ausgaben von mehr als 700 000 Franken bis und mit 2,5 Millionen Franken bedürfen obligatorisch der Zustimmung der Mehrheit der Verbandsgemeinden, sofern die Zustimmung

zum Beschluss mit weniger als drei Viertel der anwesenden Delegiertenstimmen erfolgte.

Art. 8
Zuständigkeiten innerhalb der Verbandsgemeinden
Die Zuständigkeiten innerhalb der Verbandsgemeinden richten sich nach dem jeweiligen kantonalen bzw. kommunalen Recht.

Art. 9
Initiativrecht
[1] Jeder Verbandsgemeinde steht das Recht zu, der Delegiertenversammlung schriftlich und in Form eines ausgearbeiteten Entwurfs eine Initiative auf Änderung der Statuten einzureichen.
[2] Die Delegiertenversammlung stellt fest, ob eine Initiative gültig zustande gekommen ist. Eine Initiative ist gültig, wenn sie die Einheit der Form und der Materie wahrt, nicht gegen übergeordnetes Recht verstösst und nicht offensichtlich undurchführbar ist.
[3] Erachtet die Delegiertenversammlung die Initiative als zulässig, lädt sie die Verbandsgemeinden ein, in einem koordinierten Vorgehen die Initiative mit ihrem Antrag innert Jahresfrist nach rechtskräftiger Feststellung des Zustandekommens der Initiative zur Abstimmung zu bringen.
[4] Die Annahme der Initiative bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der Verbandsgemeinden.

III. Delegiertenversammlung

Art. 10
Zusammensetzung
[1] Die Delegiertenversammlung setzt sich aus den Vertretern der Verbandsgemeinden zusammen. Jede Verbandsgemeinde stellt einen Delegierten und für jeden Delegierten eine Stellvertretung.
[2] Jeder Delegierte hat auf 2000 Gemeindeeinwohner oder einen Bruchteil davon je eine Stimme. Massgebend sind die aktuellen Angaben zum Bevölkerungsstand des Bundesamtes für Statistik. Art. 28 bleibt vorbehalten.

Art. 11
Wahl
Die Verbandsgemeinden wählen die Delegierten und deren Stellvertretung.

Art. 12
Kompetenzen
Der Delegiertenversammlung stehen nebst den in diesen Statuten speziell aufgeführten Befugnissen folgende Kompetenzen zu:

a) die Wahl des Verbandspräsidenten und von zwei Vizepräsidenten aus je einem Verbandskanton;
b) die Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates;
c) die Wahl der Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission;
d) die Oberaufsicht über die Verwaltung des Verbandes sowie über den Bau und Betrieb der Anlage;
e) die Beschlussfassung über das Budget;
f) die Beschlussfassung über Ausgaben gemäss Anhang dieser Statuten;
g) die Beschlussfassung über die Jahresrechnung;
h) die Abnahme der Bauabrechnungen;
i) die Abnahme der Geschäftsberichte von Präsidium und Geschäftsleitung;
j) die Beschlussfassung über Statutenänderungen im Rahmen von Art. 31;
k) die Festsetzung von Finanzierungsgrundsätzen;
l) der Erlass von Vorschriften, soweit dafür nicht ein anderes Organ zuständig ist;
m) der Abschluss von Abfall-Lieferverträgen im Rahmen der Verbrennungskapazität der Anlage mit einer festen Dauer von mehr als 10 Jahren;
n) der Entscheid über Folgen des Austritts einer Gemeinde aus dem Verband im Sinne von Art. 29 Abs. 2;
o) die Beschlussfassung über die Auflösung des Verbandes unter Vorbehalt von Art. 30;
p) die Beschlussfassung über Kooperationen, Beteiligungen und Auslagerungen gemäss Art. 4 Abs. 3;
q) die Beschlussfassung über die Zulässigkeit von Initiativen gemäss Art. 9.

Art. 13
Einberufung und Durchführung
[1] Die Delegiertenversammlung tritt zusammen:
a) jährlich mindestens zweimal, bis spätestens Mitte Dezember zur Festsetzung des Budgets und bis spätestens Mitte Juni zur Genehmigung der Jahresrechnung;
b) auf Antrag des Verwaltungsrates;
c) auf Verlangen von mindestens sechs Verbandsgemeinden. Die betreffende Versammlung muss innert vier Monaten stattfinden.
[2] Den Verbandsgemeinden sind die Unterlagen zuhanden der Delegierten spätestens vier Wochen vor der Versammlung zuzustellen.
[3] In besonderen oder ausserordentlichen Lagen kann die Delegiertenversammlung virtuell durchgeführt werden.

Art. 14
Beschlussfähigkeit und -fassung
[1] Die Delegiertenversammlung ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit der Verbandsgemeinden und der Gemeindestimmen vertreten ist.

[2] Bei Wahlen entscheidet das absolute Mehr der anwesenden Delegiertenstimmen. Kommt im ersten Wahlgang eine Wahl nicht zu Stande, ist im zweiten Wahlgang gewählt, wer am meisten Stimmen erhalten hat. Bei Abstimmungen bedarf es zu einem gültigen Beschluss der Mehrheit der anwesenden Delegiertenstimmen. Vorbehalten bleibt das statutarisch geforderte qualifizierte Mehr für Beschlussfassungen über Ausgaben und Kredite gemäss Anhang, über Statutenänderungen gemäss Art. 31 sowie über die Auflösung des Verbandes gemäss Art. 30.
[3] Die Wahlen und Abstimmungen erfolgen offen.
[4] Bei Stimmengleichheit hat der Versammlungsleiter bei Abstimmungen den Stichentscheid, bei Wahlen zieht er das Los.

IV. Verwaltungsrat

Art. 15
Zusammensetzung
[1] Der Verwaltungsrat setzt sich wie folgt zusammen:
a) Der Verbandspräsident und die Vizepräsidenten haben von Amtes wegen Einsitz im Verwaltungsrat.
b) Aus dem Kanton des Verbandspräsidenten werden drei weitere Mitglieder gewählt, aus den Kantonen der Vizepräsidenten je zwei weitere Mitglieder.
c) Ein Mandat fällt zusätzlich der Standortgemeinde zu.
d) Aus der gleichen Gemeinde soll in der Regel nur ein Mitglied stammen.
[2] Regionen, Zweckverbände oder andere öffentlich-rechtliche Organisationen, mit welchen Abfall-Lieferverträge für eine feste Dauer von mehr als 10 Jahren bestehen, haben für die Vertragsdauer das Recht, mit beratender Stimme an den Sitzungen des Verwaltungsrates teilzunehmen. Die Wahl erfolgt durch die Delegiertenversammlung. Die Vertragspartner haben das Recht, der Delegiertenversammlung Wahlvorschläge zu unterbreiten.
[3] Der Verwaltungsrat wird vom Verbandspräsidenten präsidiert. Mit Ausnahme des Präsidenten und der Vizepräsidenten konstituiert er sich selber. Er wählt einen Aktuar.
[4] Der Verwaltungsrat kann Ausschüsse und Kommissionen bilden. Er regelt die Zusammensetzung, die Kompetenzen und die Berichterstattung der Ausschüsse und der Kommissionen in einem Pflichtenheft.
[5] Der Geschäftsführer und der Aktuar nehmen an den Sitzungen mit beratender Stimme teil.
[6] Die Mitglieder des Verwaltungsrates können nicht gleichzeitig Mitglieder der Delegiertenversammlung sein.

Art. 16
Einberufung und Beschlussfassung
[1] Der Verwaltungsrat tritt zusammen:
a) auf Einladung des Präsidenten;
b) auf Begehren von mindestens drei Mitgliedern;
c) auf Verlangen einer Verbandsgemeinde innert zwei Monaten.
[2] Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist.
[3] Bei Stimmengleichheit ist der Antrag angenommen, für den der Präsident gestimmt hat.
In dringlichen Angelegenheiten sind Zirkulationsbschlüsse zulässig, sofern kein Mitglied dagegen Einspruch erhebt.

Art. 17
Aufgaben und Befugnisse
Dem Verwaltungsrat obliegen ausser den ihm durch diese Statuten im Einzelnen übertragenen Aufgaben:
a) die Beschlussfassung über die mit dem Budget genehmigten Ausgaben;
b) die Beschlussfassung über Ausgaben ausserhalb des Budgets, welche die zwingende Folge von Bestimmungen dieser Statuten oder besonderer Beschlüsse der Delegiertenversammlung, gesetzlicher Vorschriften und richterlicher Urteile sind;
c) die Aufsicht über den Bau und Betrieb der Anlage;
d) die Vergabe von Arbeiten und Lieferungen;
e) die Beschlussfassung über Ausgaben gemäss Anhang dieser Statuten;
f) die Anstellung des Geschäftsführers, des Aktuars und deren Stellvertreter sowie des übrigen Personals; die Anstellung erfolgt durch privatrechtliche Verträge;
g) die Entschädigung des Präsidenten und der Mitglieder des Verwaltungsrates im Rahmen des Budgets;
h) die Vorbereitung der Delegiertenversammlung und deren Geschäfte;
i) die Ausführung der Beschlüsse der Delegiertenversammlung;
k) der Abschluss von Abfall-Lieferverträgen und von Zusammenarbeitsverträgen im Rahmen der Zielsetzungen des Verbandes und der Kapazität der Anlagen, vorbehältlich der Kompetenz der Delegiertenversammlung gemäss Art. 12 lit. m;
l) die Festlegung der im Rahmen von Art. 4 anzunehmenden Stoffe und der Modalitäten der Anlieferung und Kontrolle;
m) der Abschluss von Verträgen, die nicht in die Kompetenz des Geschäftsführers fallen und soweit nicht die Delegiertenversammlung zuständig ist;
n) der freihändige oder zwangsrechtliche Erwerb von Grund und Rechten im Rahmen genehmigter Bauprojekte;
o) die Bestimmung der Modalitäten für Fremdfinanzierungen;
p) das Führen von Prozessen und von Verfahren für den Verband in privat- und öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten;
q) der Erlass von Pflichtenheften für das Personal, technischen Reglementen, Betriebsordnung und Ähnlichem;

r) alle weiteren Aufgaben, für die kein anderes Organ zuständig ist.

Art. 18
Geschäftsführer
[1] Die operative Leitung obliegt dem Geschäftsführer. Seine Aufgaben und Kompetenzen werden in einem Pflichtenheft umschrieben.
[2] Der Verwaltungsrat kann die ihm obliegenden Aufgaben mit separatem Beschluss dem Geschäftsführer zur selbständigen Erledigung übertragen. Dabei erteilt er dem Geschäftsführer die notwendigen Befugnisse.
[3] Der Geschäftsführer ist befugt, in dringenden Fällen auch Entscheide ausserhalb seines Kompetenzbereichs zur Aufrechterhaltung des Betriebes zu treffen. Diese Entscheide sind dem Verwaltungsrat nachträglich zur Genehmigung zu unterbreiten.

Art. 19
Präsident, Zeichnungsberechtigung
[1] Der Präsident vertritt den Verband nach aussen. Er leitet die Verhandlungen der Delegiertenversammlung und des Verwaltungsrates.

[2] Für den Verband zeichnen kollektiv zu zweien: Der Präsident mit dem Aktuar oder dem Geschäftsführer; jeder Vizepräsident mit dem Aktuar oder dem Geschäftsführer.

V. Rechnungsprüfungskommission

Art. 20
Zusammensetzung
Die Rechnungsprüfungskommission besteht aus drei fachkundigen Mitgliedern. Jeder Verbandskanton stellt ein Mitglied. Die Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission dürfen nicht dem Verwaltungsrat angehören.

Art. 21
Aufgabe
[1] Die Rechnungsprüfungskommission prüft zuhanden der Delegiertenversammlung Budget und Jahresrechnung sowie Bauabrechnungen auf Gesetzmässigkeit und Richtigkeit nach anerkannten Revisionsgrundsätzen und gibt der Delegiertenversammlung eine Empfehlung für die Beschlussfassung im Sinne von Art. 12 lit. g ab.
[2] Die Rechnungsprüfungskommission kann im Rahmen der im Budget bewilligten Mittel eine externe Revisionsstelle beiziehen.

C. Finanzwesen

Art. 22
Rechnungsführung
[1] Der Verband führt eine eigene Rechnung.

[2] Die Rechnungsführung richtet sich nach dem Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons Glarus und seiner Gemeinden sowie dessen Ausführungsbestimmungen. Vorbehalten bleiben die Absätze 3 bis 6.
[3] Der Verband kann bei der Darstellung des Kontenrahmens des Budgets und der Jahresrechnung von den Vorschriften des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Kantons Glarus und seiner Gemeinden sowie dessen Ausführungsbestimmungen und den Vorschriften des harmonisierten Rechnungsmodells (HRM) abweichen.
[4] Die Delegiertenversammlung erlässt nähere Bestimmungen zur Darstellung.
[5] Die näheren Bestimmungen bezeichnen das anzuwendende Regelwerk und allfällige Abweichungen davon sowie die wesentlichen Grundsätze zur Bilanzierung und Bewertung.
[6] Das anzuwendende Regelwerk und die Grundsätze zur Bilanzierung und Bewertung sind in der Jahresrechnung offenzulegen.
[7] Sofern der Verband die Führung der Verbandsrechnung und Verbandskasse nicht selber besorgt, kann er diese einer Drittperson übertragen.

Art. 23
Rechnungsjahr
Rechnungsjahr ist das Kalenderjahr.

Art. 24
Ausgabenbewilligung
[1] Ausgabenbewilligungen für neue Aufgaben werden durch speziellen Beschluss des zuständigen Organs erteilt.
[2] Die Delegiertenversammlung kann ausnahmsweise neue, in ihren Zuständigkeitsbereich fallende Ausgaben auch im Rahmen des Entscheides über das Budget beschliessen. Diese sind im Budget als neue Ausgaben zu bezeichnen.
[3] Gebundene Ausgaben sind im Budget einzusetzen. Vorbehalten bleiben dringende Ausgaben für die Aufrechterhaltung des Betriebes.
[4] Gebunden sind Ausgaben, die
a) durch Gesetz, andere rechtliche Verpflichtungen oder richterliches Urteil zwingend vorgegeben sind;
b) für die Aufrechterhaltung des durch den Verband geführten Betriebes unumgänglich sind.
[5] Alle übrigen Ausgaben sind neue Ausgaben. Als neue Ausgaben gelten insbesondere auch Ausgaben für Neu- und Ersatzanschaffungen von technischen Anlagen und Apparaturen, wenn in Bezug auf den Zeitpunkt der Anschaffung, die

Wahl des Produktes oder hinsichtlich sonstiger Modalitäten ein erheblicher Ermessensspielraum besteht.

Art. 25
Finanzierung
[1] Die aus den Investitionen und aus dem Betrieb der Anlagen sich ergebenden Kosten werden über verursachergerechte Gebühren finanziert. Der Finanzhaushalt ist mittelfristig ausgeglichen zu gestalten.
[2] Die Delegiertenversammlung legt im Rahmen der Genehmigung des Budgets die Finanzierungsgrundsätze fest. Für Investitionen sind Finanzierungspläne vorzulegen.
[3] Die Festlegung der Gebührenansätze obliegt im Rahmen der von der Delegiertenversammlung festgelegten Finanzierungsgrundsätze und des genehmigten Budgets dem Verwaltungsrat.

Art. 26
Verzicht auf Abgaben
Die Standortgemeinde verzichtet gegenüber dem Verband auf die Erhebung aller Abgaben, von denen öffentlich-rechtliche Körperschaften befreit sind.

D. Rechtsschutz und Aufsicht

Art. 27
Rechtsschutz und Aufsicht
Der Rechtsschutz und die Aufsicht über den Verband richten sich nach den Bestimmungen der interkantonalen Vereinbarung über den Zweckverband für die Kehrichtbeseitigung im Linthgebiet der Kantone Glarus, Schwyz und St. Gallen.

E. Übergangs-, Kündigungs- und Liquidationsbestimmungen

Art. 28
Zusammenschluss von Gemeinden
[1] Die Stimmrechtsverhältnisse der Verbandsgemeinden werden durch Gemeindefusionen, die nach dem 1. Juli 2007 stattfinden, nicht verändert.
[2] Bei der Zusammenlegung von Gemeinden gehen die Delegiertenstimmen der fusionierenden Gemeinden im bisherigen Umfang auf das neue Gemeinwesen über.
[3] Ebenso bleiben den neuen Gemeinwesen bei den Abstimmungen gemäss Art. 7 Abs. 2 und 3 (Ausgabenbeschlüsse), Art. 9 (Initiativen), Art. 30 (Auflösung des Verbandes) und Art. 31 (Statutenänderungen) die Gemeindestimmen der fusionierenden Gemeinden erhalten.

Art. 29
Austritt
[1] Eine Verbandsgemeinde kann unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von zwei Jahren aus dem Verband austreten.
[2] Die austretende Verbandsgemeinde hat keinen Anspruch auf einen Anteil am Verbandsvermögen. Sie haftet für rechtskräftig eingegangene Verpflichtungen des Verbandes, die während ihrer Mitgliedschaft entstanden sind.

Art. 30
Auflösung
[1] Der Verband kann aufgelöst werden, wenn seine Aufgaben erfüllt sind oder anderweitig wahrgenommen werden.
[2] Die Auflösung bedarf der Zustimmung von drei Vierteln der anwesenden Delegiertenstimmen sowie von drei Vierteln der Verbandsgemeinden.
[3] Im Auflösungsbeschluss sind zu regeln:
a) die Verwendung des Verbandsvermögens;
b) die Haftung der Verbandsgemeinden für die Verpflichtungen des Verbandes.
[4] Die Liquidationsanteile bzw. die Haftungsquoten der Verbandsgemeinden sind auf Grund der Einwohnerzahlen festzulegen. Es gelten die aktuellen Angaben zum Bevölkerungsstand des Bundesamtes für Statistik.

F. Schlussbestimmungen

Art. 31
Statutenänderung
[1] Die Änderung dieser Statuten bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Delegiertenstimmen sowie von zwei Dritteln der Verbandsgemeinden. Vorbehalten bleibt Abs. 2.
[2] Soweit sich durch eine Fusion von Verbandsgemeinden eine Änderung der Zusammensetzung des Verbandes ergibt, wird Art. 1 der Statuten durch einfachen Beschluss der Delegiertenversammlung angepasst.

Art. 32
Übergangsbestimmungen
[1] Diese Statuten ersetzen die Statuten vom 26. Juni 2006.
[2] Nach Annahme der Statutenänderung gemäss Art. 31 bedarf diese der Genehmigung durch die Regierungsräte der Kantone Glarus und Schwyz sowie durch das Bau- und Umweltdepartement des Kantons St. Gallen.
[3] Vorbehältlich der Genehmigung treten diese Statuten per 1. Januar 2026 in Kraft.
[4] Die Delegiertenversammlung vom Herbst 2025 ist zuständig für die Beschlussfassung über das Budget für den Zeitraum vom 1. Juli 2025 bis 31. Dezember 2026.

Anhang zu Statuten
Zweckverband für Kehrichtentsorgung im Linthgebiet

Finanzbefugnisse der Verbandsorgane (ohne MwSt)

Gegenstand	Verwaltungsrat brutto in Franken	Delegiertenversammlung brutto in Franken	Verbandsgemeinden brutto in Franken
1. Neue Ausgaben Separate Ausgabenbeschlüsse			
1.1. einmalige pro Jahr	bis und mit 1,5 Mio.	über 1,5 Mio. bis und mit 7 Mio.: abschliessend	über 25 Mio.: oblig. Ref. (Art. 7 Abs. 2)
		über 7 Mio. bis und mit 25 Mio.: evtl. oblig. Ref. (Art. 7 Abs. 3)	
1.2. wiederkehrende pro Fall	bis und mit 150 000	über 150 000 bis und mit 700 000: abschliessend	über 2,5 Mio.: oblig. Ref. (Art. 7 Abs. 2)
		über 700 000 bis und mit 2,5 Mio.: evtl. oblig. Ref. (Art. 7 Abs. 3)	
2. Gebundene Ausgaben			
gemäss Art. 23 der Statuten/ Nachtragskredite	wenn nicht im Budget: abschliessend	durch Genehmigung des Budgets	
3. Zusatzkredite			
3.1. teuerungsbedingte	abschliessend		
3.2. nicht teuerungsbedingte	bis 20 % des ursprünglichen Kredites, jedoch maximal 1,5 Mio.	**bis 20 % des ursprünglichen Kredites, jedoch maximal 25 Mio.,**	soweit nicht der Verwaltungsrat oder die Delegiertenversammlung abschliessend zuständig ist
		über 1,5 Mio. bis und mit 7 Mio.: abschliessend	
		über 7 Mio. bis und mit 25 Mio.: evtl. oblig. Ref. (Art. 7 Abs. 3)	

Gemeinde Feusisberg

Dorfstrasse 38
8835 Feusisberg
Telefon 044 787 31 31
Telefax 044 787 31 32

www.feusisberg.ch
info@feusisberg.ch

Öffnungszeiten Verwaltung

Montag
08.00 bis 11.30 Uhr
13.30 bis 18.00 Uhr

Dienstag bis Donnerstag
08.00 bis 11.30 Uhr
13.30 bis 16.30 Uhr

Freitag
08.00 bis 14.00 Uhr